Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2022/2025
12. Sitzung	Donnerstag, 5. Dezember 2024 19:00 Uhr, Aula OSOS Obersiggenthal
Vorsitz	Jenni Mara, Präsidentin
Protokoll	Romana Hächler, Gemeindeschreiberin II
Stimmenzähler	Ute Deters-Evers Ursula Spinnler
Anwesend	36 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Jürg Stucki, Gemeindeschreiber Romana Hächler, Gemeindeschreiberin II Carlo Schüpbach, Leiter Tiefbau
Entschuldigt	Christoph Villiger Davorka Oluic Daniel Jenni Kim Grab
Ende der Sitzung	21:47 Uhr

Behandelte Geschäfte			**Seite**
1	2024/17	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	3
2	2024/18	Anpassung Gemeindevertrag über die Zusammenarbeit in der Jugend zwischen den Einwohnergemeinden Obersiggenthal und Untersiggenthal	5
3	2024/19	Verpflichtungskredit von CHF 1'372'870 für die Sanierung und Modernisierung Grundwasserpumpwerk Aesch	8

4	2024/20	Strassen- und Werkleitungssanierung Oberdorfstrasse Abschnitt Nord A) Verpflichtungskredit von 386'000 für die Sanierung der Oberdorfstrasse B) Verpflichtungskredit von 251'000 für die Sanierung der Wasserleitung in der Oberdorrstrasse C) Verpflichtungskredit von CHF 118'000 für die Sanierung der Abwasserleitung in der Oberdorfstrasse	12
5		Kreditabrechnungen	16
	2024/21	Oberstufenschulzentrum OSOS/ Ersatz der Steuerungsanlage (MSRL) / Projektierungskredit	
	2012/37	Oberstufenschulzentrum OSOS/ Ersatz der Gebäude-Steuerungsanlage (MSRL)	
	2013/03	Oberstufenschulzentrum OSOS/ Ersatz von Beleuchtung und elektrischen Installationen	
	2016/16	Kommunaler Gesamtplan Verkehr (KGV)	
	2016/16	Parkraumkonzept (PRK)	
	2020/14	Umsetzung des IT-Konzepts der Schule Obersiggenthal	
	2017/09	Neubau Lagerhalle Wasserversorgung (bei Techn. Zentrum)	
6	2024/21	Statusbericht Energiepolitisches Programm 2023/2024	19
7	2024/22	Postulat "Kostenloser Schwimmbadeintritt für Obersiggenthaler Kinder in der Sommerferienzeit" – Der Gemeinderat ist nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen.	22
8	2024/15	Umfrage	26

Mara Jenni, Präsidentin: Geschätzte Anwesende, ich eröffne hiermit die 12. Einwohnerratssitzung von der laufenden Legislatur 2022/2025. Die Unterlagen wurden euch rechtzeitig zugestellt. Der Treffpunkt nach der Sitzung ist das Restaurant Neuhaus.

1 2024/17 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Mara Jenni, Präsidentin: Zuerst zum **Formellen**. Die folgenden Personen haben sich entschuldigt: Christoph Villiger, Davorka Oluic, Daniel Jenni und Kim Graf. Also dann sind wir, wie wir es vorhin schon berechnet haben 36 vereidigte Einwohnerräte/innen. Dann liegt das absolute Mehr bei 19. Weiter beim formellen, es liegen für diese Sitzung keine Beschlüsse vor, die Rechtskraft erlangt haben.

Dann kommen wir zu den **Mitteilungen**. Es gibt Mitteilungen vom Gemeinderat, fangen wir als erstes bei der Frau Gemeindeamman an.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Ich habe mehrere Mitteilungen zum Verlesen. Das erste ist eine Bitte an alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Wir wären sehr froh, wenn künftig Fragen und Beobachtungen, die gestellt werden von den Einwohnerräten, über die zentrale E-Mail-Adressen eingereicht werden würden. Das Problem ist, dass man sich zum Teil direkt an die Verwaltung wendet und die Gemeinderäte, dann keine Kenntnis haben, was da alles diskutiert wurde. Wir bitten euch darum, künftig alle Anfragen über kanzlei@obersiggenthal.ch zu stellen. Wir werden die Adressen im Nachgang von dieser Einwohnerrechtssitzung noch allen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten zustellen.

Dann ist am Ende der letzten Sitzung noch eine Frage gestellt worden von Ivan Füglister betreffend des Notstromaggregats. Er hat gefragt, ob es richtig sei, dass das Notstromaggregat, welches bestellt wurde von der Gemeinde, zu klein sei und jetzt ein grösseres von Problem sei, stimmt das?

Ivan Füglister, SVP-Fraktion: Nein. Hast du die Frage gestellt, Lukas?

Lukas Füglister, SVP-Fraktion: Nein, ich war es nicht.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Also, ich werde die Frage mal trotzdem beantworten. Es ist so, im Zuge von der drohenden Strommangellage hat die Gemeinde ein Nordstromaggregat bestellt von 40 kV. Das Ziel ist, dass bei einem Stromausfall das Gemeindehaus vom Stromnetz getrennt wird und das Notstromaggregat dann automatisch anspringt. Das ist insbesondere für die IT wichtig, welche nämlich aktuell nur über einen USV (Unterbrechungsfreie Stromversorgung) von 15 Minuten verfügt. Das heisst, wir können nur die IT runterfahren und dann ist fertig. Ausserdem ist es wichtig, dass bei einem längeren Stromausfall die Unterstützung des Notfalltreffpunkt sichergestellt werden kann. Zudem müssen grundlegende Dienstleistungen für die Bevölkerung weiterhin möglich sein und auch der Betrieb eines Krisenstabes muss sichergestellt werden können. Wir haben das Notstromaggregat bestellt, das ist auch eingetroffen beim Lieferanten. Damit wir aber vor der Übernahme des Notstromaggregats sicher sein können, dass die Dimensionierung auch wirklich stimmt, haben jetzt zwei Einspeiseversuche stattgefunden. Der erste Versuch wurde mit einem grösseren dimensionierten Aggregat vorgenommen. Das ist das Aggregat, das mittlerweile bei der Wasserversorgung steht. Das hat 60 kV. Dabei hat man Ablesungen vorgenommen und dies hat ergeben, dass das bestellte Aggregat ausreichend sein sollte. Heute Morgen hat jetzt die zweite Einspeiseversuch stattgefunden mit einem zu Testzweck angemieteten Stromaggregat von einer leistungsidentischen 40 kV. Leider ist dieser Test aber jetzt nicht gut verlaufen und musste abgebrochen werden. Die Ergebnisse dieser Versuche werden jetzt analysiert und sobald wir mehr wissen, werden wir wieder informieren. Es ist also nichtzutreffend, dass ein Grösseres angeschafft worden ist. Wir finden aber, dass bei diesem 40-kV-Aggregat jetzt weitere Abklärungen getroffen werden müssen. Wir werden sie gerne wieder informieren.

Dann komme ich zur Prüfung eines Zusammenschlusses der Feuerwehren Obersiggenthal, Untersiggenthal und Würenlingen. Wie man in den Medien lesen konnte, hat der Gemeinderat Obersiggenthal beschlossen, einen Marschhalt betreffend den Gesprächen über einen möglichen Zusammenschluss der Feuerwehren von Untersiggenthal und Würenlingen einzulegen. Wie ist es dazu gekommen? Vor dem Start dieser Gespräche, die unter der Leitung eines neutralen Projektleiters stattgefunden haben, hat sich der Gemeinderat mit Vertretern der Feuerwehrkommission ausgetauscht. Es haben sich dort fast alle offen gezeigt zur Klärung dieser Frage. Es waren nicht alle Kommissionsmitglieder anwesend. Man hat dann die Gespräche in eine Arbeitsgruppe aufgenommen. Da waren die verschiedenen Gemeinderäte vertreten und die drei Kommandos. Jetzt hat der Gemeinderat weitere Gespräche geführt und vor allem jetzt im November hat sich gezeigt, dass unter den vielen verschiedenen Beteiligten kein gemeinsames Verständnis über den Prozess vorhanden ist. Die divergierenden Auffassungen sind sehr grundsätzlicher Art und führten zu grosser Unruhe. Aus diesem Grund ist der Gemeinderat zur Überzeugung gelangt, dass ein Abbruch der Gespräche, der richtige Entscheid ist. Der Gemeinderat erachtet es als wichtig, dass wieder Ruhe in den Betrieb der Feuerwehr einkehrt und die vielen Freiwilligen, die einen guten Job machen, wieder sich ihrer Kernaufgabe, nämlich der Sicherheit unserer Gemeinde, zuwenden können.

Dann komme ich noch zu der letzten Mitteilung. GVK Raum Baden und Umgebung. Am 1. November 2024 hat die Behördendelegation einen wichtigen Meilenstein zurückgelegt. Sie hat zuhanden vom Regierungsrat einen grossen Strauss an Massnahmen für künftige Verkehrsentwicklungsmassnahmen in der Region verabschiedet. Ich habe sie informiert in diesem Kreis. Für uns in Obersiggenthal ist unter anderem ein Richtplaneintrag für eine künftige Umfahrung von Obersiggenthal und auch von Untersiggenthal eine zentrale Frage. Die Behördendelegation hat um eine Lösung gerungen. Die Behördendelegation hat sich jetzt einstimmig für die Festsetzung einer Umfahrung von Obersiggenthal und für die Beibehaltung des Zwischenergebnisses im Richtplan für eine Umfahrung von Untersiggenthal ausgesprochen. Der Martinsbergtunnel vis-à-vis der Siggenthaler-Brücke soll aus dem Richtplan gelöscht werden. Wir hoffen, dass sich der Grosse Rat Ende nächstes Jahr oder Anfang des übernächsten Jahres unseren Überlegungen anschliessen kann und die entsprechenden Beschlüsse und die Empfehlung der Behördendelegation bestätigen. Wenn das der Fall ist, sollen erste Abklärungen zu den Grundwasser- und Thermalwasserströmen getroffen werden, um die Linienführung genauer festzulegen. Die konkrete Projektierung startet dann, wenn noch zu definierende Kriterien eintreffen. Der Gemeinderat ist froh, dass die Behördendelegation einstimmig die gemeinsame Lösung gefunden hat. Wir erachten das als starkes Zeichen der Region Baden gegenüber dem ganzen Kanton und das eröffnet uns Möglichkeiten für die Zukunft.

Peter Stucki, Vizeammann: Ich muss Ihnen einen Zwischenbericht zur Sanierung des Hallen- und Gartenbades geben. An der letzten Einwohnratssitzung vom 30. Oktober 2024 habe ich sie über die Gründe für die ungeplante Schliessung vom Hallenbad in den Monaten Oktober und November 2024 informiert. Da sind massive Betonschäden am Hallenbad gewesen, die die Statik des Gebäudes tandiert haben, die erst nach der Entfernung von der Glasfassade entdeckt werden konnten. Wasser in den Garderoben nach Starkregen war ein Problem, ebenfalls mit der Kanalisation. Ich habe Ihnen dann gesagt, dass noch kein Überblick über die Kostensituation besteht.

Einen genauen Kostenüberblick, den ich heute im Detail öffentlich auflegen könnte, hat der Gemeinderat noch nicht bekommen. Hingegen liegt jetzt eine grobe Schätzung vor. Diese zeigt, dass die Zusatzkosten nicht über den bewilligten, korrigierten Kredit, gedeckt werden können. Es wird ein Zusatzkredit nötig. Die Zusatzkosten für die Kanalisation werden sich auf rund CHF 400'000 und die Mehrkosten für die Betonschäden werden auf ebenfalls rund CHF 400'000, zusammen also rund CHF 800'000, belaufen. In den Kosten für die Kanalisation handelt es sich um sogenannte "Ohnehin-Kosten". Sie sind durch eine fehlerhafte Planung entstanden. Das heisst, dass die ursprüngliche Planung technisch gar nicht hätte realisiert werden können. Es hätte einfach nicht funktioniert. Das Abwasser hätte so nicht abgeleitet werden können. Die Kosten, die jetzt entstanden sind, sind nicht zusätzlich entstanden, sondern

wären bei einer korrekten Planung ohnehin mitkalkuliert worden und hätten so den beantragten Kreditbetrag erhöht. Entsprechend hat die Bauherrschaft solche Kosten zu tragen. Natürlich hat die Gemeinde beim betreffenden Unternehmer reklamiert und dieser hat auch schriftlich bestätigt, dass die ursprüngliche Planung, Mängel aufweist und man sich kulant zeigen wird. Aber viel mehr als im Goodwill-Betrag können wir nicht erwarten. Über das weitere mögliche Vorgehen der Kreditüberschreitung informiert sie jetzt mein Kollege Peter Marten.

Peter Marten, Gemeinderat: Das meiste wurde bereits gesagt. Buchhalterisch ist es so, dass es einen sogenannten Zusatzkredit braucht. Es ist noch nicht ganz klar, in welcher Form wir den vorlegen. Aber es ist klar, dass es einen Zusatzkredit braucht. Das hat jetzt ein Ausmass angenommen, das man nicht mehr einfach nur mit Bau-Teuerung erklären kann. Sobald wir mehr wissen, wie man das technisch handhaben muss, werde ich sie informieren.

Mara Jenni, Präsidentin: Es gibt keine weiteren Mitteilungen. Dann kommen wir zu den **Neueingängen**. Es gibt einen Neueingang, der bei ihren Tischen aufliegt. Das ist das Postulat «Sicher in die Schule» von den Postulaten David Wick und Andreas Baumgartner.

Dann kommen wir als zweit letzter Punkt im ersten Traktandum, wie vorher schon angekündigt, zum **Protokoll**. Das Protokoll der letzten, der 11. Einwohnratssitzung hat wegen der engen Zeitspanne zwischen der letzten und der dritten Sitzung und auch wegen der anständigen Länge der letzten Sitzung noch nicht bereitgestellt werden können. Wir werden in der nächsten Sitzung über zwei Protokolle abstimmen.

Dann kommen wir als letzter Punkt im ersten Traktandum noch dazu, dass ich euch ein Rücktrittsschreiben vorlesen muss von Stefan Semela, der per Ende 2024 aus dem Einwohnerrat, zurücktreten wird. Rücktritt aus dem Einwohnerrat Obersiggenthal. Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Frau Gemeindeamman, geschätzte Damen und Herren Gemeinderäte. Ich erkläre hiermit per Ende 2024 meinen Rücktritt als Mitglied des Einwohnerrats Obersiggenthal. Ich blicke zurück auf 14 Jahre als Mitglied des Einwohnerrats Obersiggenthal. Im Jahr 2010 wurde ich für die FDP-Fraktion in den Einwohnerrat gewählt und durfte 2014 nach zwei Jahren als Vizepräsident im Jubiläumsjahr, 40 Jahre Einwohnerrat Obersiggenthal, das Amt des Präsidenten des Einwohnerrats antreten und es bis Ende 2015 ausüben. Diese Aufgabe erfüllte mich mit Stolz und ist in bleibender Erinnerung. Ein kurzer finanzpolitischer Rückblick zeigt Folgendes: 2010 lebten rund 8'200 Einwohner in Obersiggenthal und der Steuerfuss lag noch bei 98%. Heute zählen wir rund 8'900 Einwohner und der Steuerfluss liegt bei 110%. Tendenz steigend. Trotz zunehmender Bevölkerung, steigendem Steuerfuss und daraus resultierenden Mehreinnahmen, leuchtet der Finanzhimmel nicht rosa. Die Aufgaben und Ausgaben der Gemeinde stiegen in den letzten 14 Jahren stetig und werden wohl auch künftig zunehmen. Die Finanzen und der sorgfältige Umgang mit den Steuermitteln werden im Einwohnerrat somit ein Dauerthema bleiben und für genügend Diskussionsstoff sorgen. Ich wünsche meinen Ratskolleginnen und Ratskollegen weiterhin viel Freude und Befriedigung bei der Ausübung ihres Amtes und ich danke allen für die Jahre der guten und kollegialen Zusammenarbeit. Wir danken auch dir, Stefan Semela, für deine 14 Jahre Einsatz bei uns als Mitglied im Einwohnerrat.

2 2024/18 Anpassungen Gemeindevertrag über die Zusammenarbeit in der Jugendarbeit zwischen den Einwohnergemeinden Obersiggenthal und Untersiggenthal

Eintreten nicht bestritten

Christian Keller, Gemeinderat: Ihnen liegt heute Abend eine Anpassung des Gemeindevertrages mit Untersiggenthal über die gemeinsame Jugendarbeit im Jugendnetz Siggenthal für

eine Änderung zur Vertragsfassung vor. Der Hintergrund ist, dass unser langjähriger Bereichsleiter, Wimi Wittwer, Ende Januar 2025 in Pension gehen wird. Das hat uns in der Steuergruppe, das sind Kim Schweri und ich. Kim Schweri ist Ressortleiterin in Untersiggenthal. Ich bin verantwortlich in Obersiggenthal. Wir haben beschlossen, dass wir einen Prozess anstossen und prüfen wo wir im Jugendnetz stehen. Wie das Jugendnetz künftig aufgestellt sein soll. Das ist ein Prozess, dieser läuft seit dem Sommer 2023. Wir haben zuerst einmal die Mitarbeitenden ins Boot geholt und mit ihnen darüber gesprochen, wohin die Reise gehen soll. Man hat es überprüft. Wir haben dann die Jugendkommission reingenommen und haben zusammen mal angeschaut, was die jetzigen Leistungen sind und was sinnvoll ist, dass wir es auch in Zukunft so machen. Wir haben auch dabei herausgefunden, dass die Schulsozialarbeit wenig Synergieeffekte bringt. Wir haben zwar einen grösseren Personalpool. Wir haben mehr Möglichkeiten für die gegenseitige Zusammenarbeit, die Intervision. Aber es bringt auch Hindernisse. Also es hindert die Gemeinden daran, ihre Jugendarbeit individuell weiterzuentwickeln. Man ist halt immer an den Gemeindevertrag mit der Aufteilung von Pensen, mit dem Stellenplan hier in der Gemeinde Obersiggenthal angebunden. Das hat uns dann dazu gebracht, dass wir von der Jugendkommission aus, empfohlen haben, dass wir die Schulsozialarbeit aus dem Gemeindevertrag herauslösen.

Es wurde von den Gemeinderäten besprochen und vor den Sommerferien haben beide Gemeinderäte in Übereinstimmung beschlossen, dass man die Schulsozialarbeit aus dem Jugendnetz herauslösen will. Im Herbst hat die Gemeinde Untersiggenthal bekannt gegeben, dass sie den Gemeindevertrag vorsorglich kündigen will, weil sie einerseits die formelle Anpassung braucht und andererseits, weil sie das auch als Chance sehen und die Zusammenarbeit auch im Bereich der Jugendarbeit überprüfen möchte. Da sind wir jetzt dran. Es hat jetzt das erste Treffen gegeben. Wir haben eine Auslageordnung gemacht. Wo stehen wir? Was sind die Bedürfnisse der beiden Gemeinden? Da ist das Ziel, dass wir auf den nächsten Mai, dass wir da einen Entwurf von einem Nachfolgevertrag auf dem Tisch haben, damit wir auch rechtzeitig bereit sind, falls das auch schon Budget relevant sein wird. Der Prozess ist am Laufen. Was genau steht, was der Inhalt ist, kann ich Ihnen zurzeit noch keine Auskunft dazugeben. Heute Abend geht es nur darum, die Änderung anzupassen, also die Schulsozialarbeit aus dem bestehenden Vertrag herauszunehmen.

Andreas Baumgartner, Die Mitte-Fraktion: Ich kann es relativ kurz machen. Die Mitte-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderats. Für uns ist es eine logische Konsequenz, dass der Vertrag zwischen den beiden Gemeinden Unter- und Obersiggenthal angepasst werden muss für die Restlaufzeit bis Ende Dezember 2025. Mit der beschlossenen Auslagerung der Schulsozialarbeit von Untersiggenthal aber für den Verein BZBplus ist ein bestehender wichtiger Teil von dem Vertrag nicht mehr vorhanden und somit ist der Vertrag nicht mehr kohärent und muss sicher angepasst werden. Wir haben bei uns in der Fraktion diskutiert und haben gefunden, dass wenige Aussagen gemacht wurden oder wir haben noch ein paar Informationen vermisst, die zum Teil jetzt gegeben wurden. Wie soll die Jugendsozialarbeit in der Übergangsphase bis Ende 2025 geführt werden? Welche Ansätze oder Ideen gibt es dazu? Ist da schon etwas geplant? In der Vorlage steht auch, dass Obersiggenthal derzeit auch eine Auslagerung prüft von der Schulsozialarbeit. Dem Einwohnerrat soll es an einem späteren Zeitpunkt präsentiert werden. Es werden aber keine Angaben zur Art der Auslagerung gemacht. Gleichzeitig steht aber im Budget 2025 auf Seite 25, die Schulsozialarbeit soll separat durch das BZBplus geführt werden. Entsprechend werden die Kosten neu separat ausgewiesen. Also offenbar geht es auch in diese Richtung. Wir haben uns gefragt, was ist da schon angedacht? Geht es wirklich zum BZBplus? Man erwartet, dass der Gemeinderat für die restliche verbleibende Zeit gut nutzt um eine zukunftsweisende Richtung für den wichtigen Bereich Jugendarbeit und auch für den wichtigen Bereich Schulsozialarbeit einzusetzen. In der Vorlage, die hier gefordert wurde, stimmen wir einstimmig zu.

Christian Keller, Gemeinderat: Ich weiss nicht, soll ich die Anfragen sammeln oder soll ich jetzt gleich antworten? Vielleicht kann ich ja vorher klären und daher sage ich jetzt doch etwas dazu. Also, ich kann das bestätigen. Wir sind in Verhandlungen mit BZBplus, das ist jetzt unterdessen weiter fortgeschritten. Wir haben, als wir die Einwohnerratsgeschäfte verabschiedet

haben, hatten wir die Klarheit noch nicht gehabt, aber wir sind jetzt schon eine Zeit lang dran. Wir wollen die Schulsozialarbeit BZBplus übergeben und werden das am 6. März 2025, glaube ich ist die nächste Sitzung, werden wir das hier in den Rat bringen. Der andere Punkt ist, wie wird die Jugendarbeit geführt in der Übergangszeit. Wir haben ja im Moment noch keine Nachfolge. Es ist jetzt so geplant, dass die personelle Führung dem Gemeinschreiber unterstellt ist. Jetzt schon, ist Wimi Wittmer als Berichtsleiter direkt dem Gemeinschreiber unterstellt. Künftig werden die beiden Jugendarbeitenden ihm direkt unterstellt sein. Das ist dann für den Übergangszeit. Wir haben im Moment keine Person in der Jugendarbeit, ausser Wimi Wittwer, welcher wirklich eine abgeschlossene Ausbildung hat in der Jugendarbeit. Darum ist niemand in der Lage, die Führung auch zu übernehmen. Wir werden die fachliche Führung von Seiten der Steuergruppe, also Kim Schweri und ich, wir werden das Team begleiten. Wir werden die fachliche Unterstützung, falls wir die nötig haben, bei der Fachstelle Jugendarbeit Region Baden holen können. Wir sind dort Mitglied und haben Anspruch auf Beratung. Da hoffen wir, dass wir so gut über die Zeit durchkommen. Im Sommer 2026 wird unsere Mitarbeiterin ihre Ausbildung abgeschlossen haben. Wir werden dann sehen, wie es weitergeht, ob sie die Leitung von der Jugendarbeit übernehmen will oder ob wir die Stelle ausschreiben werden. Aber vorläufig werden wir so weiterfahren.

Jacqueline Magni, EVP-Fraktion: Wie wir alle lesen konnten, besteht der Vertrag schon seit 20 Jahren. Daher ist es nur natürlich, dass sich Umstände und Bedürfnisse über das Richtige verändern. Die EVP-Fraktion unterstützt den Antrag zur Anpassung des den noch laufenden Vertrag.

David Wick, glp-Fraktion Es geht etwa ähnlich lang, wie bei Jacqueline Magni. Wir unterstützen das auch. Wir sehen die Notwendigkeit. Man könnte vielleicht die Gelegenheit gerade nutzen, um dem Stein, der alles ins Rollen gebracht hat, nicht den Stein vom Anstoss, dem Stein zu danken für seine Arbeit, also Wimi Wittwer. Wir sind gleichzeitig auch froh, dass wir das von einer Person unabhängig gemacht und glauben an die Flexibilität und an den Mehrwert und Verstand durch die Separierung. Wir unterstützen das.

Carol Demarmels, SP-Fraktion: Der Trennung der Schulsozialarbeit und Jugendarbeit werden wir zustimmen, es bleibt uns auch gar nicht anderes übrig, schlussendlich, wenn diese nicht mit uns zusammenarbeiten möchten. Wir sehen aber die Synergien in der Jugendarbeit und sind froh, dass das beigehalten bleibt. Wo wir dann definitiv genauer schauen werden, ist, wenn es um die Auslagerung geht. Das war jetzt ein bisschen irritierend, dass die Auslagerung angesprochen wird, dass man in der AZ fast noch mehr erfährt als in der Vorlage. Christian Keller, du hast jetzt recht viel gesagt dazu, das macht es recht aufschlussreich. Was ich vor allem gehört habe, ist, es geht auch darum, Qualität zu erhalten oder sogar mehr Qualität zu bekommen durch die Auslagerung. Wir werden dort sicher ein Augenmerk darauf haben, wenn die entsprechende Vorlage kommt und auch, dass es sicher nicht mehr so viel Zeit benötigt, Im Rahmen dieser Auslagerung.

Christian Keller, Gemeinderat: Gerne eine ganz kurze Ergänzung, vielen Dank für den Hinweis. Es ist keine Pensen-Kürzung geplant. Also die 50 Stellenprozente, die durch Wimi Wittwer heute abdeckt wird. Eine von unseren Schulsozialarbeiterinnen wird diese übernehmen, sie wird aufstocken. Die zweite Schulsozialarbeiterin hat nach zehn Jahren gekündet, sie geht zu einem anderen Bereich. Das hat also nichts mit dem Prozess zu tun. Die Nachfolge wurde bereits geklärt. Wir werden aber anfangs nächsten Jahres eine neue Schulsozialarbeit haben, einen jungen Mann. Noch etwas zur BZBplus, diese machen auch schon Schulsozialarbeit für einige andere Gemeinden in der Region. Das wird ein Pool sein mit 9 Mitarbeitenden in der Schulsozialarbeit. Wir sehen in diesem Konstrukt eine grosse Stärke. Sie haben eine gute fachliche Führung, im Sinne von Supervision. Sie haben auch untereinander ein sehr gutes Netzwerk mit Teamsitzungen. Als wir unseren Schulsozialarbeiter/innen gesagt haben, was wir vorhaben, haben sie relativ schnell gesagt, dass sie das eine super Lösung finden. Wir haben grosses Vertrauen, dass es für die Qualität der Arbeit in den Schulsozialarbeit eine gute Antwort ist.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag: Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat folgende Beschlüsse zu erfassen: Der Gemeindevertrag über die Zusammenarbeit in der Jugendarbeit zwischen den Einwohnergemeinden Obersiggenthal und Untersiggenthal soll für die Restlaufzeit bis am 31. Dezember 2025 vorbehältlich der notwendigen Beschlussfassung durch den Souverän, anlässlich der Gemeindeversammlung vom 21. November 2024 in Untersiggenthal, inhaltlich auf den Bereich der offenen Jugendarbeit reduziert werden.

Der Antrag wurde mit 36 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

3 2024/19 Verpflichtungskredit von CHF 1'372'870 für die Sanierung und Modernisierung Grundwasserpumpwerk Aesch

Eintreten nicht bestritten

Peter Stucki, Vizeammann: Am 19. November 2024 haben wir 13 interessierte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten unser Grundwasserpumpwerk Aesch vorstellen können. Dabei ist mehrfach darauf eingewiesen worden, dass Trinkwasser als Lebensmittel eingestuft wird und durch das Amt für Verbraucherschutz und nicht einfach durch das Amt für Gewässer überwacht wird. Es ist wohl das wichtigste Lebensmittel überhaupt. Wir haben gesagt, dass unsere Infrastruktur für die Gewinnung und Verteilung von Trinkwasser, eine eigentliche Lebensmittelfabrik darstellt. Vor der Vorstellung des Projekts Sanierung und Modernisierung Grundwasserpumpwerk Aesch möchte ich die Gelegenheit nutzen und Ihnen einen kleinen Überblick über die verschiedenen Anlagen unserer Lebensmittelfabrik geben.

Sie sehen, wir haben zwei Grundwasserpumpwerke, das Aesch und die Aue. Wir haben sechs Reservoirs, zwei Quellwasserpumpwerke, vier Stufenpumpwerke, zehn Brunnenstuben, Quellfassungen, einen Sammelschacht, einen Heber, 26 Laufbrunnen, da kann man vielleicht nicht lesen, wo die überall sind, aber wenn das jemand interessiert, dann können wir es ihnen liefern. 48'700 Laufmeter Leitungsnetz, 307 Hydranten und ich denke mehr als 1'000 Schieber.

Unsere Fabrik verteilt sich über das ganze Gemeindegebiet. Sie wächst seit etwa 1850 und besteht aus Tausenden von einzelnen Teilen, die streng überwacht werden und laufend gepflegt und unterhalten werden müssen. Das Wasser aus den kursiv gedruckten Wassergewinnungsanlagen, welche Sie dort oben sehen, wird derzeit verworfen und nicht in die Trinkwasserleitungen eingespiesen. Da es mit dem Abbauprodukt Chlorothalonil belastet ist und wir es uns leisten können, es nicht mit sauberem Wasser zu vermischen und den Konsumenten liefern zu müssen. Leisten können wir uns das aber nur, weil wir über das Grundwasserpumpwerk Aesch verfügen.

Gerne möchte ich heute auch wiederholen, dass das Grundwasserpumpwerk Aesch, das Herz der Trinkwasserversorgung Obersiggenthal ist. Es befindet sich mitten im Siggenthaler Feld und ist durch eine schöne Hecke geschützt und auch zu erkennen. Die Kapazität von 4000 Liter pro Minute könnten auch verdoppelt, ja vielleicht sogar verdreifacht werden, was derzeit aber nicht dem Trinkwasserbedarf entspricht. Die Qualität des Trinkwassers aus dem Aesch ist hervorragend. Wir lassen uns freiwillig jeden Monat durch den Verbraucherschutz

auf Schadstoffe, vor allem auf Chlorothalonil und seine Metaboliten, untersuchen. Dieser Anteil liegt ständig weit unter einem erlaubten Grenzwert. Aufgrund der Möglichkeit, deutlich mehr von einwandfreiem Trinkwasser produzieren zu können, hat das Grundwasserpumpwerk Aesch neben der Lokalen auch eine regionale Bedeutung. Es wäre möglich, bei Bedarf auch umliegende Gemeinden ganz, oder zumindest teilweise mit Trinkwasser versorgen zu können. Da wir das Wasser aus anderen Quellen aus Qualitätsgründen verwerfen, liefert das Grundwasserpumpwerk Aesch derzeit rund 90% vom Trinkwasser in unserer Gemeinde. Wir sehen hier auf dem Plan den Grundwasserstrom, der von der Limmat gespiesen wird und nach der Kurve in Baden in das Siggenthaler-Feld fliesst. Man kann sehen, dass das Obersiggenthal mit einem grossen Grundwasserstrom gesegnet ist und wir haben das grosse Glück, dass es sich um wenig belastetes Wasser handelt. Unser Grundwasser-Pumpwerk Aesch liegt in dem breiten hellblauen Band mit nachgewiesener grossen Grundwassermächtigkeit. Nördlich vom dunkelblauen Herzstrom, wo eine sehr grosse Grundwassermächtigkeit aufweist. Wir sehen an den Rändern, hellgrün, Grundwasserströme mit mittlerer Mächtigkeit. Grundwasser fliesst also unter dem ganzen Sieggenthaler Feld und mit unterschiedlicher Mächtigkeit. Unser Trinkwasser wird aus einer Tiefe von ca. 35 Metern aus einer Schicht aus Sand mit Kies mit Stein gefasst und weist die Temperatur von 8 bis 12 Grad Celsius auf. Das dunkelblaue Quadrat oben links mit dem roten Punkt, zeigt die Quellwasserschutzzone 1 rund um das Grundwasserpumpwerk. Das hellblaue Rechteck zeigt die Schutzzone 2 und die hellblaue Form der Zone 3. In der Zone 3 ist das Ausbringen von Flüssigdünger, also Gülle, verboten. In der Zone 2 ist zusätzlich jede Art von bauen verboten und in der Zone 1 ist so gut wie alles verboten.

Auf Weisung vom Kanton verfügt der Gemeinderat in den nächsten Monaten neu erweiterte Schutzzonen mit höheren Anforderungen. Die entsprechend hydrogeologischen Gutachten liegen vor. Das beantwortet die Anfrage von Sandra Hehli.

Was sind Gründe für das Sanierungsprojekt? Das Grundwasserpumpwerk Aesch ist im Jahr 1974 gebaut und im darauffolgenden Jahr in Betrieb genommen worden. Es ist seither gepflegt und unterhalten, aber noch nie gesamthaft saniert worden. Ein Betriebsunterbruch hätte für unsere Gemeinde gravierende Konsequenzen. Müssten wir doch versuchen, von benachbarten Gemeinden Trinkwasser kaufen zu können. Aus eigener Kraft könnten wir den Wasserbedarf Obersiggenthal ohne Grundwasserpumpwerk Aesch nicht decken. Aufgrund der neuen Quell- und Grundwasserschutzzone ist das Aesch der neuen und schärferen Vorgabe des Kantons anzupassen. Neue gesetzliche Anforderungen an die Gebäudesicherheit müssen erfüllt werden.

Für das Aufstellen und den Betrieb des neuen Notstromaggregats braucht es eine zusätzliche kleine Anbaute. Die elektrischen Mess-, Regel- und Steuerungsanlagen bei der Wasserfassung im Schacht unten, sind bei aussergewöhnlichen Hochwasserlage, wie wir sie im Juni 2021 hatten, gefördert. Die Kosten für den Betrieb der elektrischen Anlagen und vor allem der verschiedenen elektrischen Pumpen sind sehr hoch und können durch eigene Stromproduktion gesenkt werden.

Welche Arbeiten werden mit diesem Projekt umgesetzt? Das erste Flachdach wurde nach 20 Jahren saniert worden. Jetzt, weit über 30 Jahre später, ist es dringend Zeit, das Foliendach zu ersetzen. Das Versickern von Regenwasser in Schutzzone 1 ist nicht mehr länger gestattet. Für die Entwässerung wird die Sickergrube zurückgebaut und dafür eine doppelwandige Kanalisation gebaut. Auch die Fensterfront am Gebäude ist nicht mehr zonenkonform und muss zur Vermeidung von Algenbildung zugemauert werden. Die Gelände und die Podest Anschlüsse im Gebäude werden der neuen gesetzlichen Sicherheitsanforderung angepasst. Die Leittechnik wird nicht mehr unterstützt und wird erneuert. Die Beleuchtung muss wegen dem Verkaufsverbot von Neonröhren umgerüstet werden. Die Mess-, Regel- und Steuerungstechnik im Schacht wird höher gelegt. Für das Notstromaggregat wird ein kleiner Unterstand neu gebaut. Auf dem Pumpdach wird eine Photovoltaikanlage für die Produktion von Strom für den Eigenbedarf installiert. Das ist im energiepolitischen Programm für unsere Gemeinde seit langem vorgesehen. Auf dem Bild sieht man den Förderschacht und in ca. 35 Meter Tiefe den Grundwasserspiegel.

Die Kosten für die Sanierung und Modernisierung des Grundwasserpumpwerk Aesch belaufen sich auf CHF1'372'870 inklusive Mehrwertsteuer, Preisstand September 2024, Genauigkeit plus minus 10%. Diese Kosten gehen vollständig zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Wasserversorgung und werden durch die Wassergebühren verbrauchsabhängig finanziert. Das Vermögen des Eigenwirtschaftsbetriebs Wasserversorgung hat sich am Anfang dieses Jahres auf knapp 1 Million Franken belaufen. Mit dem Budget 2025 wird der Wasserpreis von CHF 2.10 auf CHF 2.30 pro Kubikmeter erhöht. Die Investitionsfolgekosten von CHF 47'399 pro Jahr gehen ebenfalls zu Lasten vom Eigenwirtschaftsbetrieb Wasserversorgung und werden durch die Wassergebühren finanziert. Bei einer Genehmigung des Projekts durch den Einwohnerrat heute Abend kann mit einem Baustart im Frühling 2026 gerechnet werden. Der Gemeinderat bittet den Einwohnerrat, dem Verpflichtungskreditantrag für die Sanierung und Modernisierung vom Grundwasserpumpwerk Aesch zu genehmigen.

Daniela Graubner, EVP-Fraktion: Das Grundwasserpumpenwerk Aesch ist 1974 erstellt und seither nie saniert worden. Durch die fällige Dachsanierung sind Renovationen ausgelöst worden. Wir begrüssen die grundlegende Sanierung mit der Erstellung einer PV-Anlage um mitunter auch der aktuellen gesetzlichen Bestimmungen wieder gerecht zu werden. Es ist wichtig, die strikten Vorgaben wieder einzuhalten und so künftig für die nächsten 30 bis 50 Jahren, die Bevölkerung von Obersiggenthal mit einwandfreiem Wasser wieder zu versorgen. Die Investition geht, wie wir gehört haben, zu Lasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Wasser, die die aktuell auch tragen kann.

Tomas Nezel, glp-Fraktion: Wir haben dazu noch ein kurzes Statement, da die Sanierung des Grundwasserpumpwerk Aesch eigentlich schon ein längeres Thema ist. Wir begrüssen, dass das sanierungsbedürftige Flachdach ersetzt wird und somit in der Zukunft weniger Probleme geben sollte. Im energiepolitischen Programm festgehalten wird eine Photovoltaikanlage erstellt, projektiert ist eine PV-Anlage mit 63,9 Kilowatt-Peak für CHF 80'000, was wir als ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis einschätzen, zumindest wenn ich es mit meiner eigenen PV-Anlage vergleiche. Für die Amortisation der PV-Anlage wird im Antrag sehr konservativ gerechnet, nämlich mit einer Vergütung von nur 7 Rappen pro Kilowattstunde. Ab nächstem Jahr wird die Vergütung für eine grosse Anlage von 13 Rappen plus 1 Rappen Herkunftsnachweis pro Kilowattstunde. Somit wird die Wirtschaftsfähigkeit der Anlage viel besser und sicher nicht schlechter, als dass es im Projekt angenommen wird. Im Projekt wird eine Netzeinspeisung von 55'000 Kilowattstunden pro Jahr angegeben. Das würde total aktuelle Einnahmen geben von etwa CHF 7'000 pro Jahr. Somit ist, falls der Tarif gleich bleibt, die PV-Anlage bereits in 10 Jahren amortisiert. Eigentlich viel früher, weil es einen gibt Eigenbedarf, der sich auf 25% beläuft. Somit verkürzt sich das. Wir von der glp-Fraktion unterstützen den Antrag einstimmig.

Mia Jenni, SP-Fraktion: Es wird in der Politik oft diskutiert, was Grundversorgung ist, was "nice to have" ist. Wir haben es gerade am Eingang des Referats von Peter Stucki gehört. Das Trinkwasser ist definitiv ein Teil der Grundversorgung. Auf die müssen wir Acht geben. Deshalb ist auch die SP-Fraktion einstimmig hinter dem Verpflichtungskredit für die Sanierung und Modernisierung des Grundwasserpumpwerk Aesch. Ich danke an dieser Stelle auch dem Bericht der Wasserkommission. Ich habe es sehr einleuchtend gefunden, den noch zusätzlich zu lesen. Wir empfinden das Projekt auch als durchdacht, notwendig und auf die Zukunft ausgerichtet. Wir begrüssen selbstverständlich auch die Photovoltaikanlage auf dem Dach, aber auch die Vorsichtsmassnahmen, die man ergreifen muss, bezüglich des Hochwassers, damit man den kantonalen Vorgaben folgt. Selbstverständlich ist bei uns auch ein kurzes Thema, dass das alles über die Gebühren finanziert ist, aber das war für uns nicht im Vordergrund, sondern dass das unbedingt saniert werden muss und dass man das an den aktuellen und kommenden ökologischen und energietechnischen Herausforderungen anpasst für eine Gemeinde, die bald 9'000 Einwohner hat. In diesem Sinne danke an die Verwaltung, danke an den Gemeinderat und an die Wasserkommission für die ausführlichen Unterlagen und wir möchten dem Geschäft zustimmen.

Daniel Gadient, SVP-Fraktion: Ich kann mich meinen Vorrednern nur anschliessen. Ich glaube, alle Argumente wurden bereits genannt. Auch für die SVP-Fraktion ist es keine Frage gewesen, ob das 50 Jahre alte Pumpwerke saniert werden soll. Eine Modernisierung macht Sinn, unserer Meinung nach. Gerade auch im Hinblick auf das, was uns präsentiert wurde an dem Infoanlass, wie wichtig das Pumpwerk werden kann, macht es durchaus Sinn, das Geld zu investieren. Ich möchte noch Urs Meier und Christian Buser danken für den Infoanlass den Sie gemacht haben und uns das Pumpwerk gezeigt haben.

Christian Blum, FDP-Fraktion: Bei der Diskussion dieses Geschäfts an der FDP-Fraktionssitzung haben sich die Anwesenden erstmal an der mangelhaften Rechtschreibung im Antragstext aufgehalten. Da es sich hier um eine grosse Investition handelt, hat es vermutlich zu einem psychologischen Effekt zu vermehrter Grossschreibung geführt. Wir kennen das so nicht und bitten den Gemeinderat, 2025 zur alter Form zurückzuführen. Nun zum Geschäft. Die FDP-Fraktion begrüsst das Vorhaben, das Pumpwerk Aesch zu sanieren und zu modernisieren. Den Ansatz, eine vollumfängliche Renovation zu projektieren und nicht von Jahr zu Jahr einzelne Themen anzugehen, halten wir für richtig. Die Wasserversorgung ist ein wesentlicher Teil des Service publik. Das Pumpwerk Aesch ein unscheinbar in Beton gekleidetes Juwel der Gemeinde Obersiggenthal. Die geplanten Massnahmen sind angebracht, die Photovoltaikanlagen zeitgerecht, die Aufwände verhältnismässig und die Finanzierung mit der Erhöhung des Wasserpreises verbunden mit einer Verbilligung des Abwassers für die Allgemeinheit zu tragen ist. Die FDP-Fraktion stimmt daher dem Verpflichtungskredit einstimmig zu. Die FDP-Fraktion möchte noch folgende Punkte anmerken. Der geschätzte Eigenverbrauchsanteil der Solaranlage von 25,1% ist nicht zufriedenstellend. So werden maximal 6% des Strombedarfs des Pumpwerks durch die Anlage abgedeckt. Hier sollte versucht werden, den Eigenverbrauch zu verdoppeln, sodass mehr als 10% des Strombedarfs abgedeckt werden. Sicherlich sinnvoller ist es, lokal zu verbrauchen als es jetzt ist. Es ist klar, dass dies einige Überlegungen bedarf. Es ist auch klar, dass die Einwohner von Obersiggenthal eine Korrelation zwischen Wetterlage und Verfügbarkeit von Trinkwasser nicht akzeptieren werden. Langfristig wäre es zu begrüssen, weniger oder mehr Quellwasser verwendet werden könnte. Das würde die Stromkosten von CHF 300'000 pro Jahr auch erledigen. Pflanzenschutzmittel mit Chlorothalonin sind seit Januar 2020 verboten. Die Frage ist, wie lange es dauert, bis die Abbauprodukte dieses Wirkstoffs soweit aus dem Boden gewaschen sind, das Quellwasser wieder konsumiert werden kann. Es kann vermutet werden, dass ein grosser Teil der Einwohner von Obersiggenthal falsche Annahmen über die Herkunft des Trinkwassers hat. Ich denke, die meisten Leute denken immer noch, dass es aus Quellen am Hang kommt. Es wäre schön, wenn anlässlich des Renovationsabschlusses ein Trag der offenen Tür durchgeführt werden könnte. Die FDP-Fraktion bedankt sich bei Urs Meier, dem Leiter der Wasserversorgung und bei der Wasserkommission mit ihrem Präsidenten Christian Buser für die Einweihungsfeier der Notstromaggregate Asterix und Obelix und für die beeindruckende Führung durch das Pumpwerk Aesch.

Andreas Hansen Berg, Die Mitte-Fraktion: Da das Pumpwerk in den 50 Jahren seines Bestehens noch nie umfassend saniert wurde, sind eine Reihe von Massnahmen notwendig geworden. Durch dieses Sanierungsprojekt werden gesetzliche Randbedingungen für die Schutzzone S1 erfüllt, notwendige technische Sanierungen und Optimierungen ausgeführt. Der den Einsatz des Notstromaggregats auf dem Gelände ermöglicht und gleichzeitig dem energiepolitischen Leitbild der Gemeinde Rechnung getragen. Die Ausführung all dieser Massnahmen innerhalb eines einzelnen Sanierungsprojekts erhöht ausserdem gesamthaft die Verfügbarkeit des Pumpwerks über die nächsten Jahre. Die Finanzierung des Projekts wird über das Budget der Wasserversorgung sichergestellt und belastet das Budget der Gemeinde somit nicht. Auch die zusätzlich geplante Investition in eine PV-Anlage kann über deren Lebensdauer kostenneutral bzw. mit leichtem Gewinn getragen werden. Aufgrund dieser Überlegungen unterstützt die Mitte-Fraktion den Antrag für den Verpflichtungskredit von CHF 1,37 Millionen für die Sanierung und Modernisierung des Grundwasserpumpwerks Aesch einstimmig. Besonderen Dank möchten wir dem Brunnenmeister Urs Meier und der Wasserkommission für die gründliche und aussagekräftige Ausarbeitung des Projekts aussprechen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag: Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat folgenden Beschluss zu fassen. Der Verpflichtungskredit von CHF 1'372'870 für die Sanierung und Modernisierung des Grundwasserpumpwerks Aesch wird bewilligt, inklusive Mehrwertsteuer, Preisstand September 2024.

Der Antrag wird mit 36 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

4 2024/20 Strassen- und Werkleitungssanierung Oberdorfstrasse Abschnitt Nord
A) Verpflichtungskredit von CHF 386'000 für die Sanierung der Oberdorfstrasse
B) Verpflichtungskredit von CHF 251'000 für die Sanierung der Wasserleitung in der Oberdorftstrasse
C) Verpflichtungskredit von CHF 118'000 für die Sanierung der Abwasserleitung in der Oberdorfstrasse

Eintreten nicht bestritten

Peter Stucki, Vizeammann: Ich darf ihnen das Infrastruktursanierungsprojekt Oberdorfstrasse Nord in Nussbaumen vorstellen. Die Oberdorfstrasse erschliesst das Zentrum von Nussbaumen mit den Quartieren Stockackerstrasse, Greppe, Langgasse, Böndler, Tromsberg und Kirchdorf. Für viele Pendler aus Kirchdorf stellt die Strecke über das Häldeli, Langgasse und Oberdorfstrasse eine willkommene Ausweichungsmöglichkeit gegenüber dem Stau auf der Landstrasse dar. Vom Höhenweg und über die Rainstrasse laufen viele Kinder auf diesem Stück in der Oberdorfstrasse in Richtung öffentlicher Spielplatz, in Schulhäusern, Kindergärten, Kindertagesstätten, Schwimmbad, Sporthallen und wohl bald einmal auch zum Pumptrack. Es handelt sich um eine Tempo-30-Zone, es hat keine Trottoire. Die Strasse befindet sich im schlechten Zustand und ist abschüssig. Die Kreuzung von der Oberdorfstrasse mit der Stockackerstrasse, unterer Teil, ist wegen einem geschützten Gebäude aufgrund von einer fehlenden Sicht in die vortrittsberechtigte Stockackerstrasse gefährlich. Sie sehen in der Präsentation links eine Luftaufnahme und rechts einen Ausschnitt von einer Schwarzkarte mit dem Perimeter von diesem Sanierungsprojekt. Ich probiere jetzt zum letzten Mal meinen Laserpointer aus. Dieser geht nicht, dann habe ich noch eine andere Geheimwaffe bereit, einen Moment bitte. Sie sehen auf der Folie den Greppenweg, der sehr steil nach unten kommt. Hier ist die Langgasse. Nach der Oberdorfstrasse geht es wieder in den Kirchweg. Das wäre die Feldstrasse. Sie haben hier den oberen Teil der Stockackerstrasse und der untere Teil, der wieder einbildet in die Oberdorfstrasse. Hier ist das geschützte Gebäude und wer hier oben runterfährt, kann unmöglich nach oben sehen und da hat man den Vortritt. Wir haben die Rainstrasse hier nach unten, diese ist recht dicht besiedelt und der Höhenweg da oben, ist in Planung, der einst einmal, möchte man mal 25-Terrassenhäuser in Bolibuck siedeln. Auch hier wird es wahrscheinlich Leute geben, wo das kleine Stückchen da unten benötigen. Das ist unser Spielplatz der Gemeinde.

Der Treiber für dieses Projekt ist die EGS. Sie beabsichtigen praktisch alle ihre Installationen im Bauperimeter zu erneuern, weil die vorhandenen Installationen veraltet sind und nicht mehr genügend Kapazität aufweisen, haben sie das Projekt bereits schon früher umsetzen wollen. Damit es aber gemeinsam mit uns umgesetzt werden kann, ist die EGS bereit gewesen es zu verschieben, bis sich die Personalsituation bei uns verbessert hat. Die Einwohnergemeinde hat

Bedarf an der Sanierung der Strasse mit einer Verbesserung der Verkehrssicherheit, der Umlegung einer verirrten Wasserleitung und der Korrektur von einem nicht mehr akzeptablen Zustand in der Entwässerung. Das Projekt ist nicht besonders gross, hat durch uns rasch und seriös vorbereitet werden können und kann in einem Jahr ausgeführt werden. Darum ist dieser Perimeter gewählt worden und kein grösserer. Die Sanierung der Langgasse ist für 2027/2028 vorgesehen, wie es im Aufgaben- und Finanzplan enthalten ist, nachdem das erste Projekt zu der Sanierung der Langgasse vom Einwohnerrat im Jahr 2016 abgelehnt wurde. Die hydraulischen Berechnungen im GEP haben ergeben, dass die Abflusskapazität im Bereich der Eindohlungen in den Parzellen 2740 und 2171 gross genug dimensioniert sind und eine Vergrösserung nicht erforderlich ist. Das beantwortet die Anfrage von Christian Buser.

Gut, jetzt sind wir bei der nächsten Folie. Im Detail sieht das vorliegende Projekt folgende Arbeit für die Einwohnergemeinde vor: Erneuerung des Strassenabschnitts im Perimeter, wobei die Strassengeometrie unverändert bleibt, Verbesserung der Sicherheit mit Markierungen und Stählen, Ersatz der ausgewiesenen Wasserleitungen durch Fassadenzementleitungen, Vergrösserung des Querschnitts der Wasserleitungen, Erneuerung der Hausanschlüsse bis zu den Parzellengrenzen, Einbau von einer zusätzlichen Schieberseite Höheweg, Ersatz des Hydranten, teils Sanierung, teils Ersatz von einzelnen Kanalisationsabschnitten, Instandstellung von einzelnen Kanalisationsschächten, Verlegung von einer neuen Kanalisationsleitung und eben die Verlegung von dieser verirrten Wasserleitung. Wie man auf dem Ausschnitt von der Wasserversorgungskarte sehen kann, das ist hier oben. Es kommt vom Böndler, diese 100er Guss Eisenleitung, geht unter dem Greppenweg durch, unter dem Teich durch und geht hier in die Hauptwasserleitung in der Oberdorfstrasse. Also unter dem Teich durch. Wenn man dort einen Wasserrohrbruch hat, ist das ohne grosse Schäden nicht zu reparieren. Sollte es einen Springbrunnen geben, werden dort die Salamander fliegen lernen. Darum wird diese Leitung stillgelegt und das Wasser umgeleitet in die bestehende Leitung im Greppenweg und diese Leitung wiederum von 100 auf 125 Dimension vergrössert. Eine Sauberwasserleitung leitet heute Strassenwasser direkt in den Greppenbach hinein, das ist nicht mehr zulässig. Mit einer neuen Schmutzwasserleitung wird es künftig gesetzeskonform in die Kanalisation und Kläranlage abgeleitet. Die Kosten verlaufen sich total auf CHF 755'000 inklusive Mehrwertsteuer, Preisstand August 2024. Die Genauigkeit plus minus 10% setzt sich zusammen aus CHF 386'000 für den Strassenbau zulasten der Einwohnergemeinde. CHF 232'000 für den Wasserleitungsbau zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebes Wasserversorgung und CHF 118'000 für die Kanalisationssanierung zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Abwasserentsorgung. Die nächste Folie bitte. Die jährlichen Investitionsfolgekosten betragen CHF 13'028 für die Einwohnergemeinde, CHF 6'670 für den Eigenwirtschaftsbetrieb Wasserversorgung und CHF 3'134 für den Eigenwirtschaftsbetrieb Abwasserentsorgung. Bei einer Genehmigung vom Antrag heute Abend durch den Einwohnerrat ist es vorgesehen, dass das Projekt im kommenden Jahr 2025 zu planen, auszuführen und abzuschliessen. Ich bitte Sie, die drei Anträge vom Gemeinderat zu genehmigen. Bei der Vorbereitung dieser Präsentation habe ich gesehen, dass der Antrag c) im schriftlichen Einwohnerratsantrag nicht ganz vollständig ist. Es ist so wiedergegeben, wie es dort angegeben ist und mit den beiden Orten liegenden Abwasserleitungen beim Stern ergänzt wird.

Mara Jenni, Präsidentin: Bevor wir zu den Fraktionsvoten kommen. Einfach weil ich andere Zahlen habe in meinem Dokument. Für mich ist im Antrag b) CHF 251'000.

Peter Stucki, Vizeammann: Einen Moment bitte, ich schaue das schnell an. Es sind die CHF 251'000 im Antrag b). Ich habe 3x die 9 geschrieben, als 3x die 0. Entschuldigung.

Mara Jenni, Präsidentin: Dann haben wir die Verwirrungen aus dem Weg geräumt. Dann kommen wir zu den Fraktionsvoten.

Anand Keshava, glp-Fraktion: Wir begrüssen ausdrücklich, dass hier verschiedene Projekte zusammengenommen werden und wir stimmen diesen auch einstimmig zu. Ich habe noch eine Frage. Du hast vorhin gesagt, dass die EGS das eigentlich betrieben hat. Wie läuft das, zahlen diese jetzt auch etwas daran?

Peter Stucki, Vizeammann: Es ist so, wir versuchen das jetzt zu koordinieren, dass wir nicht alle Jahre irgendeinen Werkeigentümer begraben. In dem Moment, wo wir es gemeinsam können, können wir gewisse Kosten teilen, zum Beispiel das Grabenbild, das Graben und das Zumachen. Von dort her, sie haben es sehr dringend, sie haben es schon verzögert, darum wollen wir es jetzt "hush-hush" machen. "Hush-hush" heisst normalerweise, reden wir ja a) von grösseren Geschäften, nicht nur von relativ kleinen Abschnitten. B) ist es politisch irgendwann. Es war ein Problem mit der Langgasse, die ja eigentlich ein Stück wäre. Diese Langgasse müssen einfach komplett neu überdacht werden, nachdem es der Einwohnerrat mal abgelehnt hat. Also wir haben uns jetzt mit der EGS auf das Stück konzentriert, das wir nächstes Jahr auch ausführen können und die Kosten werden geteilt, darum die Koordination mit ihnen. Die anderen Kosten, also Wasserleitungen, Abwasserkanalisation, Strasse, das wird immer zu unseren Lasten gehen.

Mara Jenni, Präsidentin: Ich möchte nicht, dass es zu einem Zwiegespräch kommt, also du darfst noch eine Frage stellen.

Anand Keshava, glp-Fraktion: Also sind jetzt die Kosten dort drin oder sind die schon ausgeschieden, welche die EGS bezahlt?

Peter Stucki, Vizeammann: Die EGS ist überhaupt nicht enthalten. Wir haben ja ein Konzessionsvertrag mit der EGS. Uns gehört relativ wenig von den elektrischen Installationen, eigentlich nur ein Kandelaber. Alles andere ist Eigentum von der EGS. Die EGS unterhaltet dies. Sie sind mit diesem Konzessionsvertrag verpflichtet, das zu unterhalten und auszubauen, wenn es mehr Kapazität gibt. Sie rechnen komplett auf eigene Rechnungen, es hat nichts mit den Einwohnern zu tun. Finanzieren tun sie sich über den Strompreis.

Marco Erni, SP-Fraktion: Wir als SP-Fraktion unterstützen diese Vorlage. Wir finden die Gesamtsanierung sinnvoll. Es ist sicher günstiger als eine Teilsanierung, jetzt wo diese getrieben ist, müssen wir das machen. Sonst sehen wir nicht grosses Sparpotenzial. Was wir jetzt nicht machen, würde bedeuten, dass wir das Geld jetzt sparen würden, aber es würde später einfach mehr kosten. Wir haben eine marode Infrastruktur und einen Sanierungsstau. Darum macht es jetzt Sinn. Wir unterstützen auch, dass man die Markierung prüft, um den Weg zur Überquerung Oberdorfstrasse mit Stockackerstrasse zu verbessern, welcher ja ein Schulweg ist und eine schwierige Ecke. Was mir bedauern ist, dass es eigentlich kein Hochwasserschutzkonzept gibt und kein Freiraumkonzept, das beigezogen werden kann in solchen Sanierungsfällen. Mindestens glauben wir, dass es dies nicht gibt. Jetzt gibt es ja hier den Spielplatz, welcher ein bisschen in die Jahre gekommen ist. Es gibt den Greppenbach mit der Hochwasser-Gefährdung. Es wird nicht richtig erwähnt, wie die Gefährdung ist, ob man etwas machen könnte. Es klingt so, als hätte man es nicht angeschaut. Wir können es nicht beurteilen, ob wir jetzt hier etwas zusammen machen könnten. Aber mindestens hätten wir es prüfen können, ob man Synergien hätte nutzen können, um dort eine Anpassung auf beiden Strassenseite zu machen. Darum fordern wir auch den Gemeinderat auf, für zukünftige Projekte bereit zu sein, mit einem Konzept in der Hand zu haben, um zu wissen, wenn es eine dringende Sanierung gibt, oder hat es noch eine Ecke, wo wir etwas machen müssen oder hat es noch ein Bach mit Hochwasserschutzgefährdung, dass wir das gemeinsam anschauen und dann das Maximum herausholen. Aber wir unterstützen trotzdem einstimmig den Antrag zur Sanierung.

Micha Jetzer, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion unterstützt die Vorlage einstimmig. Die Erwirkung der Sicherheit, Verlegung der Werkleitungen der privaten Grundstücken der Strasse ist sicher sinnvoll, insbesondere auch, dass man die EGS mit ins Projekt einbeziehen kann und diese ihre Leitungen auch gleich erneuern können.

Stefan Semela, FPD-Fraktion: Die FDP-Fraktion unterstützt die Strassen- und Werkleitungssanierung Projekt Oberdorfstrasse Abschnitt Nord ebenfalls einstimmig. Sowohl der Sanierungsbedarf vom Deckbelag wie auch von den Werkleitungen ist ausgewiesen. Es ist darauf zu achten, dass neben EGS, die Treiber ist, auch Fremdwerke wie Swisscom, UPC, Glasfaseranbieter

etc. ins Boot genommen werden. Es muss verhindert werden, wie wir es auch schon gesehen haben in der Gemeinde, dass kurz nach Sanierung des Deckbelags, wieder Öffnungen gemacht werden von Drittanbieter. Eine Bemerkung noch zur Finanzierung. Auch bei diesem Projekt zeigt sich wieder, dass im Aufgaben- und Finanzplan die eingestellten Beträge nicht ausreichend sind. Es sind jetzt da konkret 57% der anfallenden Kosten eingestellt gewesen. Wir plädieren wiederholt dafür, dass wir die Verlässlichkeit dieser Zahlen im Aufgaben- und Finanzplan erhöhen. Zum Thema Hochwasser, ich habe schnell angeschaut, es gibt einen Hinweis zur Hochwassergefährdung auf der Oberdorfstrasse, aber keine Massnahmen. Es ist schade, dass wir es nicht integrieren konnten in dieses Projekt.

Volkmar Haueisen, Die Mitte-Fraktion: Auch wir unterstützen das Projekt. Es ist eine Kombination, wie wir es öfter haben, was auch sinnvoll ist, aus Werkleitungs-, Sanierungsbedarf und Strassensanierung. Wäre es nur die Strassensanierung mit dem Belag, der sicherlich schadhaft ist, muss man sich aber auch schon überlegen, wie gut muss es denn sein in der 30er-Zone oder wie schlecht darf es sein. In diesem Fall, ist es richtig, beides zu sanieren. Es wird schon gesagt, es gibt einen Verkehrsmix da und trotz des dörflichen Charakters dieses Knotens hat es doch eine gewisse Komplexität, unterstützt durch die Unübersichtlichkeit, die angesprochen wurde. Der Verkehr ist durch den Zubringerdienst in die Quartiere nicht ganz gering. Dazu kommen die Schüler in die Schule, aber auch zum Schwimmbad, zum Spielplatz und das Ganze noch überlagert, wahrscheinlich mehr an Wochenenden, durch den Spazierverkehr, nenne ich es mal, ins Naherholungsgebiet. Das Ganze ohne Trottoir. Deswegen möchten wir beliebt machen, dass was du, Peter Stucki, auch angesprochen hast, durch Farbgebung auf der Strasse, durch Stähle, dass das wirklich genau angeschaut wird. Denn der neue Strassenbelag wird per se mal nicht motivieren, langsamer zu fahren. Zudem kommt man von oben runter. Da gibt es auch jedes Mal, wenn ich da vorbeikomme, muss ich sagen, heikle Szenen zu betrachten, dass man da wirklich ein bisschen Mühe investiert. Die Unübersichtlichkeit bringt man nicht weg, die ist durch bestehende Gebäude gegeben. Aber dass man durch die Gestaltung des Strassenraums, Möblierung, Signalisation, da eine Sicherheit herbringt, die dieser Knoten auch verdient hat.

Jacqueline Magni, EVP-Fraktion: Aufgrund der Erläuterungen vom Gemeinderat und der ausführlichen Infos in den Unterlagen hat auch die EVP-Fraktion befunden, dass die Sanierungen nötig sind und unterstützt den Antrag.

Lukas Füglister, SVP-Fraktion: Ich fange an mit Hoffen. Nach dem Debakel am HGB hoffe ich, dass die Hochwasserszenerie angeschaut wurde. Ich hoffe, dass die Wand, welche den Bach stützt oder abtrennt von der Strasse hält, dass wir da nicht noch mehr Investitionen machen müssen. Ich hoffe, dass das, was in der Verkehrskommission x-fach besprochen wurde und dem Gemeinderat vorgeschlagen wurde, was der Volkmar Haueisen auch gesagt hat, dass man ein Augenmerk darauf hat, dass das eine schwer oder eine grösser belastete Strasse wird mit vielen Kindern, mit vielen Fussgängern, mit vielen Sonntagsspaziergänger. Das Bolibuck-Projekt mit 25 Wohneinheiten wird voraussichtlich zwischen 20 und 40 Autos mehr anziehen. Ich hoffe, dass man das auch berücksichtigt hat, dass das nicht am Schluss eine "Pflästerli-Sache" geben wird.

Daniel Meier, Die Mitte-Fraktion: Ich möchte mich auch noch schnell anschliessen am Hochwasserschutzprojekt. Wir haben jetzt schon zwei oder drei Mal über das gesprochen und wir haben auch schon gesehen, der Geppenbach ist über das Ufer getreten oder über die ganze Strasse heruntergelaufen, inklusive Fische, die dann rausgekommen sind. Das geht schon einige Jahre zurück, aber die Frage ist wirklich, was hat man diesbezüglich angedacht? Was wurde da berücksichtigt? Es gibt ja mehrere Diskussionen bezüglich Hochwasserschutz. Der Geppenbach ist ein Beispiel. In Kirchdorf kommt die Diskussion auch immer wieder auf, beim Dorfplatz. Was machen wir dort? Kann man da etwas dazu sagen, was man hier diesbezüglich verifiziert hat? Denn hier gibt es verschiedene Massnahmen, aber was heisst das denn konkret?

Carlo Schüpbach, Leiter Tiefbau: Da kann ich gerne etwas dazu sagen. Im Zug vom generellen Entwässerungsplan (GEP), ist das hydraulisch berechnet worden. Die Eindohlung genügt mit den aktuellen Zahlen. Wir werden im GEP 2 dies wieder überprüfen und schauen, ob es immer noch genügt. Das Problem ist eigentlich, erst unterhalb des Perimeters, den wir jetzt sanieren möchten. Die Eindohlung, die wir dort haben, hat genug Kapazität, dass das Hochwasser abfliessen könnte.

Christian Buser, FDP-Fraktion: Ich wollte es eigentlich bei der Umfrage bringen aber ich ziehe es jetzt vor. Die Gemeinde Obersiggenthal hat im Jahr 2019 durch die Firma Flussbau AG einen Bericht erstellen lassen. Umsetzung Gefahrenkarten Hochwasser und Massnahmenkonzept. Er ist allerdings nur bis ins Entwurfsstadium gekommen. Der Bericht ist vorhanden, der Gemeinderat hat dies angeschaut. Ich möchte den Gemeinderat bitten, zu prüfen, wie man mit diesem Bericht umgeht und vielleicht an der nächsten Sitzung zu informieren, wie man damit weitergehen könnte, den Bericht zu finalisieren und umzusetzen. Wir sehen, dass es immer wieder ein Thema ist. Mit diesem Bericht hätte man eine Grundlage.

Peter Stucki, Vizeammann: Ja, der Bericht wurde erarbeitet. Er ist aber heute aufgrund von einzelnen geänderten gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr gültig.

keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag: Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat folgende Beschlüsse zu fassen.
A) Der Verpflichtungskredit von CHF 386'000 für die Sanierung der Oberdorfstrasse in Nussbaumen wird bewilligt, inklusive Mehrwertsteuerpreis, Preisstand August 2024.
B) Der Verpflichtungskredit von CHF 251'000 für die Sanierung der Wasserleitung in der Oberdorfstrasse in Nussbaum wird bewilligt, inklusive Mehrwertsteuer, Preisstand August 2024.
C) Der Verpflichtungskredit von CHF 118'000 für die Sanierung der Abwasserleitung in der Oberlochstrasse in Nussbaum wird bewilligt, inklusive Mehrwertsteuer, Preisstand August 2024.

Der Antrag ist mit 36 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen worden.

5		**Kreditabrechnung**
	2011/12	**Oberstufenschulzentrum OSOS/ Ersatz der Steuerungsanlage (MSRL) / Projektierungskredit**
	2012/ 37	**Oberstufenzentrum OSOS/ Ersatz der Steuerungsanlage (MSRL)**
	2013/ 03	**Oberstufenzentrum OSOS/ Ersatz von Beleuchtung und elektrischen Installationen**
	2016/16	**Kommunaler Gesamtplan Verkehr (KGV)**
	2016/16	**Parkraumkonzept (PRK)**
	2020/14	**Umsetzung des IT-Konzepts der Schule Obersiggenthal**
	2017/09	**Neubau Lagerhalle Wasserversorgung (bei Techn. Zentrum)**

Eintreten nicht bestritten

Mara Jenni, Präsidentin: Wir werden einzeln nachher über die Kreditabrechnungen abstimmen, wenn sie jetzt eine Diskussion haben. Dann bitte ich als erstes den zuständigen Gemeinderat, Stellung zu nehmen.

Peter Marten, Gemeinderat: Ich bin froh, dass wir ihnen sieben Kreditabrechnungen vorlegen können. Die geneigte, lesende Person hat festgestellt, dass der Detaillierungsgrad der Kreditabrechnungen nicht ganz dem Standard entspricht, was sie sich möglicherweise sonst gewohnt sind. Das ist eine Verkettung von mehreren unglücklichen Umständen. Das sieht man auch, wenn man die Geschäfte anschaut. Die vordere Zahl ist das Jahr. Man sieht die Geschäfte sind sehr alt. Wir hatten hier verschiedene Probleme mit den Kreditabrechnungen, weshalb diese zu spät gekommen sind. In dieser Zeit ist einiges passiert. Wir hatten recht viele personelle Wechsel im Bereich Bau und Planung. Es hat sich gezeigt, dass die Informationen nicht alle gleich weitergegeben wurden. Das hatte dazu beigetragen, dass wir hier nicht den vertieften Informationsgrad hatten. Der Engländer sagt, "we're in trouble double". Da kommt noch dazu, dass Unternehmungen noch in Konkurs gegangen sind, was auch nicht zwingend hilft für den Informationsfluss. Offensichtlich haben wir hier auch Mühe gehabt, von einem Architekten eine Schlussabrechnung zu bekommen. Das betrifft die drei Kreditabrechnungen OSOS.

Ich habe in der Fraktionspräsidienkonferenz zur Rechnung gesagt, "It is, what it is". Ich kann es nicht schönreden, ich kann es aber auch nicht schlechter reden, als es ist. Sie sind so, wie sie sind. Wichtig ist, dass sie wissen müssen, wenn Rechnungen zu einem Projekt reinkommen, werden diese visiert und werden dem Projekt zugeteilt. Das heisst, die Rechnungen werden laufend bezahlt. Es kann sein, dass in diesem Prozess, wenn Rechnungen laufend bezahlt werden, theoretisch auch Fehler passieren können. Es kann sein, dass eine Rechnung dem falschen Projekt zugeteilt wird und dort verbucht wird. Das wird in der Regel entdeckt. Spätestens dann, wenn man die Schlussabrechnung macht, merkt man, dass eine Rechnung fehlt oder im Posten nicht aufgeführt ist, dass würde dort auffallen oder dass der Ingenieur, der bei sich Kontrolle geführt hat, sagt, da haben wir eine Differenz mit euch als Gemeinde. Ein anderer Fehler, der theoretisch passieren könnte ist, dass eine Rechnung sofort bezahlt wird nicht über ein Projekt, sondern über unsere normale, reguläre, laufende Rechnung. Die Konsequenz daraus wäre, dass die Rechnung nicht im Projekt drin ist. Also sie läuft nicht darüber. Das heisst, sie wird nicht abgeschrieben über x Jahre, sondern sie würde einfach in den laufenden Ausgaben "verschwinden". Also verschwinden heisst, sie wird bezahlt, aber in der grossen Masse geht das in Anführungszeichen möglicherweise unter.

Wieso sage ich ihnen das? Ich sage ihnen das, um ein wenig mehr Vertrauen in die Abrechnung zu geben, um zu sagen, die Beträge sind nach menschlichem Ermessen am richtigen Ort gelandet. Was wir nicht haben ist, wir haben einfach nicht die Detaillierungsgrade, die wir sonst haben, aber die Zahl unter dem Strich, das ist das Massgebende, die stimmt. Was haben wir gemacht? Seit ich jetzt im Gemeinderat bin, sind wir am rumturnen mit den Kreditabrechnungen. Wir sind nicht wahnsinnig viel weitergekommen. Dieses Jahr war das Mass voll, sozusagen. Auch die FIKO hat dies in ihrem Bericht bemängelt. Wir haben jetzt, wie man in der neuen Management-Sprache sagen würde, die Management Attention erhöht. Druck aufgesetzt und geschaut, dass wir diese bearbeiten können. Konkret haben wir zusammen mit Bernhard Wehrli, 16 Kreditabrechnungen definiert, die wir jetzt abgearbeitet haben möchten.

Eine Kreditabrechnung besteht meistens aus mehreren Positionen. Ein klassisches Beispiel ist, sie haben eine Strassenkreditabrechnung, wie wir sie heute haben. Sie haben die Strasse, sie haben das Abwasser und sie haben das Wasser. Also sie haben ein Projekt, aber drei Positionen. In unserem Fall total 16 Kreditabrechnungen, die offen sind, mit 32 Positionen. Von diesen 16 werden heute 5 durchgehen, hoffe ich. Wir haben am letzten Montag eine Kreditabrechnung im Gemeinderat genehmigt. Die wird jetzt die FIKO dann bekommen, auch mit drei Positionen. An der Sitzung vom 16. Dezember 2024 ist die Nächste vom Gemeinderat in der Pipeline. Also das heisst, von diesen 16 haben wir sieben, diese werden wir bis Ende Jahr erledigen können. Es ist unser erklärtes Ziel und das haben wir klar kommuniziert in der Verwaltung, dass wir das nächste Jahr an jeder Einwohnerratssitzung Kreditabrechnungen bringen wollen. Ich denke, wir sind jetzt auf einem guten Weg. Wenn wir mal die Altlasten auf geschafft haben, haben wir auch Platz für die anderen Sachen und haben nicht mehr so einen grossen Rückstand.

Inhaltlich haben sie die Kreditabrechnungen gesehen. Zu den Überschreitungen beim OSOS kann ich nicht allzu viel sagen, ausser das, was hier steht. Bei den anderen ist es erklärt, warum wir die Differenzen haben. Alles in allem sind die einigermassen im Rahmen. Aus unserer Sicht sind diese so zu genehmigen. Ich denke, die FIKO hat sich ähnlich geäussert, aber die FIKO kann ja selber sagen, was sie dazu findet.

Lukas Füglister, SVP-Fraktion: Eigentlich kann ich gar nicht viel sagen, ausser dass ich Peter Marten danke für sein Statement, das er mir gegeben hat. Nichts desto trotz finde ich es einfach ein schlechtes Signal. Es zeigt einfach, dass die Geschäftsleitung, wie sie mal eingeführt wurde, irgendwie nicht funktioniert und das Controlling nicht funktioniert hat. Wir sehen aber, dass der Wille da ist von Seiten Gemeinderat und auch vom Leiter Finanzen, Bernhard Wehrli, dass das aufgearbeitet wird, aber für mich ist es einfach ein schlechtes Zeichen. Schlechte Arbeit. Sorry.

Andreas Leupin, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion hat die vorgelegten Kreditabrechnung an ihrer Sitzung diskutiert und sie begrüsst, dass mit der Vorlage dieser Abrechnung längst fällige Altlaster angegangen werden und dass der Gemeinderat auch signalisiert hat, auch jetzt gerade wieder, dass er weitere ausstehende Kreditabrechnungen jetzt zügig angehen und erledigen möchte. Die Abweichung der durch den Einwohnerrat genehmigten Kredite hält sich mit einer maximalen Überschreitung von 10% beim Ersatz der Gebäudesteuerungsanlagen im OSOS und deutlich geringeren Über- und Unterschreitungen bei den übrigen Kreditabrechnungen im Rahmen. Unschön ist aber, dass das für die Planung der Ersatzbeschaffungen im OSOS zuständigen Ingenieurbüro 2017 Konkurs gegangen ist und somit teilweise keine Schlussabrechnungen, sondern nur Rechnungen über Akontozahlungen vorliegen. Aufgrund der Tatsache, dass sich die Abweichungen im Rahmen halten, erscheint der FDP-Fraktion in diesem Ausnahmefall tolerierbar zu sein. Die Finanzkommission hat die Abrechnungen nach ihrem Bericht überprüft und empfiehlt dem Einwohnerrat, sie zu genehmigen. Aufgrund der jetzt gemachten Ausführungen stimmt die FDP-Fraktion dem Antrag des Gemeinderats zur Genehmigung der sieben vorgelegten Kreditabrechnungen zu.

Alois Baumgartner, Die Mitte-Fraktion: Die Bemühungen, die alten Kreditabrechnungen abzuschliessen, wird seitens der Mitte-Fraktion sehr geschätzt. Die vorgelegten Abrechnungen von über Gesamthaft, CHF 3,8 Millionen, weisen nur geringe Abweichungen auf, was auf eine solide Budgetplanung und Umsetzung zurückzuführen ist. Die Mitte-Fraktion wird den Kreditabrechnungen einstimmig zustimmen.

Daniela Graubner, EVP-Fraktion: Wir haben die Kreditabrechnungen gelesen und stimmen allen unter den gegebenen Umständen zu. Wir begrüssen ausdrücklich, dass in den Sitzungen vom Einwohnerrat, Kreditabrechnungen zu prüfen sind, damit die Projekte auch zeitnah aktiviert werden können und die Liste der offenen Kreditabrechnungen im überschaubaren Rahmen gehalten werden können.

Anand Keshava, glp-Fraktion: Wir begrüssen es sehr, dass es jetzt vorwärts geht mit den Kreditabrechnungen. Wir danken der Abteilung Finanzen und der Finanzkommission.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Mara Jenni, Präsidentin: Wir werden jetzt einzeln über die Kreditabrechnung abstimmen, dass erscheint mir demokratiepolitisch als das praktischste und es sind eigentlich sehr unterschiedliche Betreiber.

Abstimmung

Antrag: Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat folgenden Beschluss zu fassen.

Folgende Kreditabrechnung zu genehmigen:
A) Oberstufenschulzentrum OSOS, Ersatz der Steuerungsanlage (MSRL) / Projektierungskredit im Betrag von CHF 41'040.

Der Antrag wurde mit 35 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

B) Oberstufenschulzentrum (OSOS), Ersatz der Gebäude -Steuerungsanlage im Betrag von CHF 880'362.80.

Der Antrag wurde mit 35 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

C) Oberstufenschulzentrum (OSOS), Erneuerung von Beleuchtung und elektrischen Installationen im Betrag von CHF 1'051'375.15.

Der Antrag wurde mit 35 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

D) Kommunaler Gesamtplan Verkehr (KGV) im Betrag von CHF 59'108.65.

Der Antrag wurde mit 35 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

E) Parkraumkonzept (PRK), Im Betrag von CHF 51'508.20.

Der Antrag wurde mit 34 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

F) Umsetzung des IT-Konzepts der Schule Obersiggenthal im Betrag von CHF 602'526.

Der Antrag wurde mit 35 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Antrag: Kreditabrechnung G) Neubau Lagerhalle Wasserversorgung (bei Techn. Zentrum) im Betrag von CHF 1'150'263.85

Der Antrag wurde mit 35 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt

6 2024/21 Statusbericht Energiepolitisches Programm 2023/ 2024

Eintreten nicht bestritten

Christian Keller, Gemeinderat: Wie jedes Jahr, steht der Statusbericht wieder zur Kenntnisnahme bereit. Die Energie- und Umweltkommission hat es dankenswerterweise erarbeitet. Falls sie Fragen haben zu dem Inhalt, dann nehme ich gerne dazu Stellung. Eine Frage ist im Vorfeld gekommen, nämlich die Frage mit dem Leitbild. Da kann ich auch etwas dazu sagen, zum energiepolitischen Programm. Da heisst es nämlich, das Programm beinhaltet Leitbild, Zielsetzung, Verantwortlichkeiten, Termine, Erfolgskontrolle und Berichterstattung. Das Leitbild,

so wie es formuliert ist, ist es leider fehlerhaft formuliert. Das referenziert auf das Leitbild Standortqualität der Gemeinde. Diese Überarbeitung wurde in Angriff genommen, wurde aber wegen den personellen Wechseln, sistiert. Dort drin war vorgesehen, dass auch zum Thema Energie Aussagen gemacht werden. Es ist aber nicht Bestandteil des Programms. Also es ist ein Fehler in dem Dokument des energiepolitischen Programm 2021.

Christian Blum, FDP-Fraktion: So, gleich mal ein Disclaimer vorneweg, ich bin selber Mitglied der Energie- und Umweltkommission. Wir haben die Punkte, die jetzt vorgelegt werden, in unserer letzten Sitzung diskutiert. Die FDP-Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat für den Statusbericht zum energiepolitischen Programm. Bei vielen Punkten sind Fortschritte zu sehen. Hier und da ist die Umsetzung jedoch verspätet. Im Folgenden möchte ich auf einige Punkte eingehen. Kurzfristige Ziele: Jetzt kommt nochmal die Sache mit dem Hochwasser. Erstellung eines Plans für die Realisierung der Vorhaben im Massnahmenkonzept gegen Hochwasser. Es kam heute öfters zur Sprache. Wahrscheinlich sollten wir uns dem Thema mal annehmen. Wenn wir das nämlich nicht machen, dann werden wir es dann machen, wenn tatsächlich ein Katastrophenfall eingetreten ist. Also wir haben gestern auch in der Energie- und Umweltkommission über das Thema gesprochen und angefangen Dokumente zu suchen. Pflichtenheft Hauswarte, das ist für die Energie- und Umweltkommission ein wesentliches Thema. Die Hauswarte sind essentiell bei der Umsetzung von Massnahmen zur Energieeinsparung und zur Verhinderung von Energieverschwendung. Wir sind diese Woche ins Schulhaus gegangen und haben gesehen, dass im Schulhaus Bachmatt, im Dachboden oben geheizt wird für niemand. Deswegen sind diese Pflichtenhefte essentiell und wir hoffen, dass sich jetzt mit dem neuen Liegenschaftsplan, dass da eine Wende eintritt. Dann die Photovoltaikanlage, die haben wir schon besprochen. Hier kann man sicherlich mehr als 25,1 % machen. Was wir bei der Energie- und Umweltkommission noch nicht wirklich im grossen Stil machen, ist die Kommunikation mit der breiten Bevölkerung. Hier kann man sicherlich mehr machen. Wir waren bei der Informationsveranstaltung von der Firma InnoRecycling im Markthof. Da war das Interesse recht gross. Viele Leute haben sich für das Kunststoffrecycling interessiert. Dort können wir von der EUK sicherlich auch nochmal nachfassen und Anfangs 2025 nochmal an die Öffentlichkeit gehen. Auch interessant wird die Einführung der Smart Meter sein, im nächsten Jahr. Die werden ja schon fortgelegt und installiert, aber es wird ein neues Abrechnungssystem geben. Ab Mitte nächsten Jahres gibt es dann so etwas wie eine Echtzeit, ein Portal, auf dem man seinen Stromverbrauch bis zum gestrigen Tag sehen kann. Das wird helfen, die Leute besser zu verstehen, was sie im Moment gerade brauchen. Also auch hier müsste man in die Öffentlichkeit gehen und da den Leuten erklären, wo sie das finden, wie man sich einloggt. Dann denke ich mal, wird das eine Bereicherung sein. Bei den permanenten Zielen: Energiebuchhaltung, auch hier mit dem Smart Meter gibt es die Möglichkeit, in Richtung Echtzeit zu gehen. In der Energie- und Umweltkommission sehen wir zum Teil erst ein Jahr später, wenn es ein Problem gab. Da gab es den bei uns bekannten Fall vom Kindergarten Nüechtal, da haben wir erst ein Jahr später gesehen, dass sich der Stromkonsum verdoppelt hat. Wir vermuten, dass dort eine Heizung oder eine Klimaanlage von einem Mitarbeiter oder Mitarbeiterin eingesetzt wurde, diese sind auch wieder verschwunden. Wir sehen es halt nicht, sondern erst Monate später. Sicherlich wird es auch interessant sein, wie das jetzt mit dem neuen Hallenbad läuft, also wie viel besser der Stromverbrauch ist. Wir haben jetzt eine neue Verglasung, ich meine mal der grösste Verbrauch dort war die Heizung.

Christian Grau, Die Mitte-Fraktion: Ich bin ebenfalls in der EUK. Ich kann mich dank meines Vorredners sehr kurzhalten. Die Mitte-Fraktion hat das energiepolitische Programm zur Kenntnis genommen und bedankt sich bei Allen die mitgewirkt haben. Was vielleicht noch eine Überraschung war ist, dass es drei separate Dokumente waren und vielleicht weil wir es sonst anders gewohnt sind, eher an eines. Ich weiss nicht, ob das vielleicht gewollt oder nicht gewollt gewesen war. Das wäre sicher noch ein Gedanken Wert für das nächste Mal. Dann kann ich noch etwas zum Kunststoffprojekt sagen, welches im Oktober gut gestartet ist. Wir konnten Ende November die ersten Container zurückführen. Dort wurden 420 kg Kunststoff zurückgeführt. Das entspricht den Erwartungen. Da werden wir jetzt weiterhin zuschauen und auch darüber informieren, dass sie da auf dem laufenden sind.

Tomas Nezel, glp-Fraktion: Vergleichen wir den Statusbericht vom energiepolitischen Programm 2023/2024 mit dem letzten von 2022, so sieht man, dass doch einiges gegangen ist. Dass in der Zwischenzeit nach der Erstellung von Massnahmenkonzepte im Bereich Hochwasser Vorgaben vom Kanton verändert worden sind, das ist natürlich ärgerlich. Umso begrüssenswerter ist es, dass die neuen Vorgaben direkt in laufende Strassensanierungen und Bauprojekte eingeflossen sind. Betreffend Aktualisierung des Energierichtplans macht es sicher Sinn, das Ergebnis vom Regionalverband Baden Regio, in dieser ist auch die Fernwärme Siggenthal drin, abzuwarten und das Ergebnis dann noch in den Energierichtplan einzubauen. Unsere Gemeinde selber ist ja Mitglied im Gremium und kann sich dort sicher auch einbringen. Betreffend den Gemeindeliegenschaften sind wir froh, dass wir jetzt endlich einen Liegenschaftsverantwortlichen haben. Wir sind gespannt, was bei den kommunalen Gebäuden in Sachen Energieverbrauchsoptimierung und Sanierung passieren wird. Wir nehmen dankend zur Kenntnis, dass im Jahr 2023 auch wieder eine Energiebuchhaltung erstellt worden ist. Und wieder hat man Handlungsbedarf festgestellt, zum Beispiel mit der Installation von modernen Thermostaten in der Schule und im Kindergarten. Man hat es dann auch gerade umgesetzt. Die anderen Themen wie Natur, Erwärmung, Konzessionsvertrag mit der EGS, Tanklöschfahrzeug, das ist alles an den letzten Einwohnerratssitzung diskutiert worden.

Marco Erni, SP-Fraktion: Die SP-Fraktion nimmt den Statusbericht zur Kenntnis. Das hilft uns zu sehen, was erreicht worden ist. Ein paar Sachen haben wir abhaken können, Fortschritte sind ersichtlich. Wir nehmen aber auch zur Kenntnis, dass wir, wenn man es vergleicht mit dem ersten Leitziel vom energiepolitischen Programm. Die Gemeinde unterstützt die Beschreibungen des Bundes bis 2050 eine klimaneutrale Schweiz zu erreichen. Wenn man es da vergleicht, dass wir dann also nicht wahnsinnig weit gekommen sind, dass wir noch mehr Gas geben müssen, um das Ziel zu erreichen. Darum wünschen wir uns, dass der Gemeinderat bei der Überarbeitung des energiepolitischen Programms weiterhin das Ziel beibehalten und weiterhin sich ambitionierte Ziele setzt und auch ernsthaft versucht, diese zu erreichen. Es gibt ein paar Themen, die noch unbearbeitet sind. Wir setzen grosse Hoffnung auf den neuen Leiter oder Leiterin der Planung, Strategie, Liegenschaft und Umwelt, welche dann auch vielleicht ein wenig unterstützen kann, dass es vorwärts geht. Ich drücke natürlich weiterhin den Daumen, dass man da passende Personen findet, die auch besonders in den Bereichen Energie und Umwelt zuständig sind. Gerade noch als Hinweis für die Aktualisierung, es hat, ich glaube, es hat Christian Buser letztes Jahr schon gesagt. Es ist ein energiepolitisches Programm, es hat Hochwasserschutzmassnahmen drin, kommunalen Gesamtplan Verkehr. Das hat mit Energie nicht so viel zu tun. Man könnte ja vielleicht überlegen, ob man diesem Energie- und umweltpolitisches Programm sagt, oder dass man dies an einem anderen Ort erwähnt. Das ist ein bisschen fehl am Platz aber vielleicht sind die Massnahmen auch gut, wenn man sie verfolgt und den Status aufzeigt.

Christian Buser, Die Mitte-Fraktion: Ich habe es auch dieses Jahr weitergedacht und vor allem möchte ich beliebt machen mit Blick auf die Aktualisierung des Programms und es steht dann auch BNO an, dass man das Thema Klimawandel anpasst und Anpassungsmassnahmen mitnimmt. Das hängt auch sehr eng zusammen mit der Energie, Umwelt, Klimawandel. Das kann man nicht sofort machen, aber es ist doch ein planerischer Teil, dass wir das jetzt auch anfangen anzudenken.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Statusbericht Energiepolitisches Programm 2023/2024 wird zur Kenntnis genommen.

7 2024/22 Postulat "Kostenloser Schwimmbadeintritt für Obersiggenthaler Kinder in der Sommerferienzeit" – Der Gemeinderat ist nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Mara Jenni, Präsidentin: Überweisung des Postulats "Kostenloser Schwimmbadeintritt für Obersiggenthaler Kinder in der Sommerferienzeit. Der Gemeinderat ist nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Es geht jetzt erst mal um die Überweisung des Postulats, daher kann das Eintreten nicht bestritten werden.

Peter Marten, Gemeinderat: Der Gemeinderat hat das Postulat angeschaut. Er hat sich damit auseinandergesetzt und ist zum Schluss gekommen, dass wir das nicht entgegennehmen wollen. Wir begründen das zum einen mit Kostengründen. Wir haben einmal angeschaut, wie sind die Preise im Moment für Kinder, Schulkinder von Obersiggenthal. Ein Einzel-Eintritt ist CHF 4, ein Zwölfer-Abo beträgt CHF 40. Also wir stehen bereits bei CHF 3.33. Ein Saison-Abo, das vom 1. Mai bis zum 30. September gültig ist, kostet CHF 40, also CHF 8 pro Monat. Ein Jahresabo kostet CHF 70 oder anders gesagt CHF 5.83 pro Monat. Wir sind der Meinung, dass das schon recht günstig ist, für Schüler um in das Bad zu gehen. Ich habe das Thema auch eingebracht, beim Vorstand der Genossenschaft Hallen- und Gartenbad. Man ist dort auch tendenziell eher vorsichtig oder reserviert bei diesem Thema. Man sieht, dass bei gewissen Badis, die das haben, ich glaube in Brugg ist es so, dass es zum Teil fast schon ein paar Probleme gibt, wenn man Kinder hat, die gratis Eintritt haben und dann in das Schwimmbad gehen. Man muss nicht den Teufel an die Wand malen, aber es ist auch eine Tatsache, dass das unter Umständen Probleme schaffen könnte. Darum ist eben auch der Vorstand dort eher reserviert.

Ralph Hunziker, SP-Fraktion: Mit Bedauern hat die SP-Fraktion zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat nicht auf das Postulat eingehen oder entgegennehmen will. Uns hat auch die Argumentation im Rahmen der Fraktionspräsidentensitzung ein wenig erstaunt. Du hast es ja vorhin genannt, es gibt Abo Preise, die es zulassen, dass man das selber bezahlen kann. Die Finanzlage ist gerade auch noch erwähnt worden, von der Gemeinde, dass es einen hohen, unnötigen administrativen Aufwand gibt, in der Verwaltung oder in der Genossenschaft. Uns als SP-Fraktion haben diese Argumente nicht wirklich überzeugt. Auch wir möchten den administrativen Aufwand möglichst gering behalten. Darum sind wir bei unserer Formulierung, bei der Umsetzung, relativ wage geblieben, beziehungsweise haben wir das dem Gemeinderat überlassen, wie wir das genau machen wollen. Haben aber auch zwei mögliche Varianten geschildert, mit der Abo-Variante "Sommer" quasi, ein Schülerausweis, den es jetzt schon an der Oberstufe gibt, wäre einfach zu realisieren. Auch das Argument der angespannten finanziellen Lage für die Gemeinde überzeugt uns nicht. Vielmehr wäre eine Überweisung von unserer Seite des Postulats ein starkes Zeichen für Familien in Obersiggenthal, für eine attraktive Wohngemeinde. Ein starkes Zeichen für Förderung von sinnstiftenden Freizeit- und Sportaktivitäten. Es wäre vielleicht auch ein erster Schritt in eine andere Richtung. Weg vom Frust, denn der Frust war zum Teil immer im Einwohnerrat gewesen, dass man umliegende Gemeinden nicht motivieren konnte, sich am Defizit zu beteiligen. Das man das Defizit nicht hergeben kann. Bis hin zu der Lust, dass man uns etwas ermöglicht hat, unseren Kindern in Obersiggenthal, in dem sie im Sommer kostenlos ins Schwimmbad kommen können. Deshalb hält die SP-Fraktion weiter am Postulat fest und bittet den Einwohnerrat auch für die Überweisung zu zustimmen.

Esther Reimann, Die Mitte-Fraktion: Ich möchte anknüpfen an die Argumentation von Ralph Hunziker, von der SP-Fraktion. Die Mitte-Fraktion will grossmehrheitlich auch, dass das Postulat überwiesen wird und den Argumenten, Freizeitaktivität auch ein wichtiges von uns ist, dass wir unsere Kinder bevorzugen können, dass sie hier gratis kommen, im Vergleich zu Kindern von umliegenden Gemeinden. Was uns auch aufgefallen ist, dass wir sagen, jetzt ist das Bad so teuer und wir haben jetzt noch CHF 800'000 mehr. Das kostet so viel und es ist doch eigentlich auch toll, wenn man versucht, das Bad zu promoten, dass die Kinder gehen. Wer ist in den Sommerferien da? Das sind dann vielleicht auch die Kinder, für die dann eben die Abo-Preise halbwegs zu teuer sind, wenn es dann auch so niederschwellige Möglichkeiten geben würden, dies würden wir sehr begrüssen. Was ich auch noch erwähnen möchte, ist zum Beispiel

die Stadt Bern. Da zahlt gar niemand irgendwas für ein Freibad. Es ist für Alle gratis. Beim Freibad in Aarau ist es ebenfalls so, dass auch alle Kinder gratis gehen können und zwar nicht nur in den Sommerferien, sondern immer. Wenn es überwiesen ist und es bearbeitet wird, sollte auch überlegt werden, direkt in diese Richtung zu gehen, die dann eben nicht nur die Sommerferien betrifft, sondern generell. In Aarau ist es jetzt so, dass sie einfach mit dem Schülerausweis an die Kasse gehen und dann ist das erledigt. Also so ähnlich wie auch ein Vorschlag im Postulat.

Edith Saladin, glp-Fraktion: Die Idee als solches ist schön aber folgende Punkte führen zu einer Ablehnung vom Postulat. Ein Ausweis zu erstellen und zu kontrollieren ist aufwendig. Es ist mit einer erhöhten Anzahl von Kindern zu rechnen. Schwimmkompetenzen können fehlen und das Personal hat mehr Aufwand und Verantwortung. Wenn Kinder ohne Begleitung ins Schwimmbad gehen, weil die Eltern am Arbeiten sind, fehlt die Aufsichtsperson. Man kann die Auswirkungen nicht abschätzen. Wir können uns vorstellen, finanzschwache Familien unbürokratisch und gezielt zu unterstützen, dass auch sie im Sommer in das Schwimmbad gehen können.

Carol Demarmels, SP-Fraktion: Vor einigen Jahren haben wir auch ein paar Vorschläge eingereicht für das Leben familienfreundlicher Gemeinden. Das ist dazu mal nicht angenommen worden, insbesondere mit dem Argument, wir möchten das Geld nicht für ein Label ausgeben, sondern wir möchten das Geld ausgeben, um wirklich familienfreundlich zu sein. Voilà, jetzt ist die Gelegenheit. Wir haben die Möglichkeit, mit relativ wenig Kosten, ein sehr attraktives Angebot zu machen. Vielleicht noch unsere Kostenschätzung, die wir in diesem Postulat abgegeben haben. Wir haben gesagt CHF 20'000, wir haben berechnet CHF 20 für ein Sommer-Abo, angelehnt an die CHF 40 vom Saison-Abo mal alle Schulkinder, 1'000 Schulkinder. So sind wir auf die CHF 20'000 gekommen. Ich bin überzeugt, das ist viel zu hoch und zwar aus mehreren Gründen. Ich nehme mal mich und meine Kinder. Das Saison-Abo kostet CHF 40 das Jahres-Abo kostet CHF 70. Ich kaufe ja meinen Kindern das Abo trotzdem. Also ich kaufe ja das nicht nur, weil sie jetzt 5 Wochen im Sommer gratis ins Schwimmbad gehen könnten. Sprich, die Einnahmen werden sowieso entstehen. So wird es ganz, ganz vielen Familien gehen, weil nur mit diesen fünf Sommerwochen ist ja der Schwimmbad-Eintritt nicht abgedeckt für alle anderen Wochen, wo unsere Kinder im Schwimmbad drin sind. Damit haben wir auch die Möglichkeit, wirklich eben die Art abzudecken, welche sich das nicht kaufen. Vergessen wir nicht 10% der Menschen leben wirklich knapp über der Armutsgrenze. Das heisst, diese gelten noch nicht als Arm, die haben aber nur ein paar hundert oder hundert Franken mehr, als die Armutsgrenze ist. Dann kann man eben nicht einfach noch für drei Kinder CHF 70 ausgeben für ein Abo. Genau das ist unser Ziel, dass wir genau die erreichen, die im Sommer da sind und dann ins Schwimmbad gehen könnten. Einzeleintritte, wir haben es gehört, CHF 4. Übrigens ich habe es nicht gewusst, wenn man es zum Abreissen kauft, wird es günstiger, CHF 3.30. Ja, was heisst das jetzt konkret? Das heisst ja trotzdem, wenn ich drei Kinder habe, zahle ich 3-mal CHF 3.30, knapp CHF 10. Dann muss ich als Mutter ja auch noch rein oder als Papi. Dann bin ich schon bei CHF 17. Unser Ziel ist ja, dass man nicht einfach zweimal einen Tag in die Badi geht, sondern dass die Kinder, wenn sie halt schon fünf Stunden gegamt haben, vielleicht noch zwei Stunden in die Badi gehen können. Es tut mir leid, aber das überlegt man sich dann wirklich dreimal. Will ich jetzt noch CHF 20 ausgeben, um kurz zwei Stunden in die Badi zu gehen. Dann wird die Antwort wahrscheinlich sehr oft nein sein. Es ist vorhin erwähnt worden, die Kinder seien dann plötzlich alle ohne Aufsicht in diesem Schwimmbad, das glaube ich nicht. Ab 10 Jahren darf man grundsätzlich alleine ins Schwimmbad gehen. Ich bin überzeugt, bei vielen Kindern heisst es dann am Abend auch "Nein, sorry der Eintritt kostet CHF 4" und genau diese Kinder würden wir gerne abholen. Nicht zuletzt nochmal zu diesen CHF 20'000. Wir haben eine Defizitgarantie bei diesem Schwimmbad. Sprich, wenn es ein Defizit gibt, zahlt das ja sowieso die Gemeinde. Das heisst, die Kosten, die entstehen, sind nicht einmal bei diesen Kindern, diese CHF 20, sondern die Kinder, die das wirklich nutzen und kein Abo haben, selbst bei denen. Als Beispiel: Paul geht dreimal oder zweimal in den Sommerferien ins Schwimmbad, dann hat das Schwimmbad CHF 8 weniger Eintritt. Es geht um die CHF 8 Franken weniger Eintritt. Denn er wird nicht CHF 20 ausgeben, sondern CHF 8. Wenn wir jetzt einfach mal sagen, wie gewünscht, was sehr einfach ist, die Gemeinde zahlt gar nichts am

Eintritt des Schwimmbades. Das Schwimmbad muss die Kinder einfach reinlassen und am Schluss übernehmen wir das Defizit sowieso. Mit dem Schüler/innenausweis. Dann hätten wir übrigens auch den administrativen Aufwand wieder weg. Die Gemeinde zahlt nichts, das heisst, was passiert? Das Defizit wird aufgrund von Paul einfach CHF 8 grösser und nicht CHF 20. Sprich, diese CHF 8 sind eigentlich das einzige, was an Kosten dazu kommt. Wenn wir jetzt alle Kinder weg dividieren, die entweder sowieso ein Jahres-Abo haben, ein Saison-Abo haben, die die ganze Zeit in den Ferien sind und vielleicht in dieser Woche, in denen sie nicht in den Ferien sind, ein einziges Mal ins Schwimmbad gehen und dementsprechend CHF 4 generieren für die Gemeinde. Da sind wir bei einem sehr tiefen Betrag und wir sind bei einem sehr genauen Bereich, dass man die Kinder erwischt, die es wirklich nötig haben. In dem Sinne, ich bitte euch wirklich, nehmen wir die Gelegenheit wahr, etwas für die Familie zu machen.

David Wick, glp-Fraktion: Ich weiss du bist sehr engagiert, sozial engagiert und ich weiss du bist auch Mathematikerin. Darum stelle ich die Rechnung von dir nicht infrage. Aber, ich muss doch schnell sagen, es gibt ja immer verschiedene Perspektiven. Mich stört tatsächlich, ich bin hin und her gerissen, ich sehe beide Seiten. Es ist ein Giesskannenprinzip, es werden alle bevorzugt, auch die, die sonst zahlen würden. Es gibt einen Verdrängungseffekt, also das muss man dann in die Rechnung auch einfliessen lassen. Es gibt sicher gewisse, die sonst zahlen würden, nehmen einfach ein Gratis Abo. Davon bin ich überzeugt. Das andere, was schon einmal einberechnet werden muss, ist die aktuelle Situation vom HGB, wie man finanziell dasteht. Es ist jedes Jahr zwischen CHF 400'000 und CHF 600'000 Defizit, welches die Gemeinde übernimmt. Man kann dies ja auch als Förderung sehen. Das ist im Prinzip auch schon eine Förderung, dass wir die Kosten tiefer halten. Ich stosse mich ein wenig an dem, wie das HGB aufgesetzt ist. Ich glaube, es hat zu wenig Anreiz, um dort effizienter zu arbeiten. Es ist klar, dass das HGB etwas kostet, dass es immer etwas kosten wird. Aber ich glaube, man kann das anders aufsetzen und wenn das anders aufgesetzt wäre, dann würde ich so etwas auf jeden Fall unterstützen. Wenn gewisse Anreize da wären, um weniger Defizite zu machen, dann glaube ich, würde so etwas auch drin liegen. Im Moment sind die Anreize nicht da. Ich glaube, es gäbe auch Lösungen, vielleicht über Sponsoring, ein externes Sponsoring, womit in den Sommerferien das Abo entdeckt werden könnte. Dann bin ich überzeugt, dass das auch möglich wäre. Aber ich möchte noch schnell eine Frage in den Raum stellen. Ich bin immer noch hin und her gerissen. Ich weiss nicht, wenn ich jetzt für das Postulat Stimme. Ist das ein Auftrag, dass das umgesetzt wird oder ist das ein Auftrag, dass das geprüft wird? Das Postulat ist in meinem Verstand eine Prüfung. Das heisst, der Gemeinderat wird nachher einen Bericht vorlegen und man sagt, ja oder nein. Wenn ja dann so und dann wird nochmal darüber abgestimmt. So wie es jetzt aber formuliert ist, ist es auch eine Motion. Das heisst, es ist verbindlich und muss nachher umgesetzt werden. Das ist für mich noch so eine Frage, die ich gerne beantwortet hätte, dass Transparenz geschaffen wird. Über was stimmen wir eigentlich ab? Und dann kann ich mich auch entscheiden und gebe gerne meine Stimme.

Mara Jenni, Präsidentin: Möchte die Postulantin oder der Gemeinderat dazu Stellung nehmen zur Frage des Postulats und Motion?

Carol Demarmels, SP-Fraktion: Grundsätzlich ist es ein Postulat, weil wir oben geschrieben haben Postulat. Ich gebe dir aber ein Stück weit recht. Im Kanton wäre das jetzt nicht ein Postulat, so wie es jetzt formuliert ist. Ich habe Romana Hächler nochmal gefragt. Sie hat gefunden, es ist ein Postulat. Wir haben uns heute noch über die Ausführung in der Gemeindeordnung unterhalten, wo ich es sowieso ja recht zweifelhaft finde, weil es wirklich aus unserer Sicht auch nicht klar ist, ob es ein Postulat ist oder nicht oder die Definition. Aber grundsätzlich ja, wir wollen, dass das umgesetzt wird. Aber ja, es ist natürlich so, der unglückliche Fall wäre, dass der Gemeinderat nachher kommt und sagt, wir haben eine super Lösung, jedes Schulkind bekommt jetzt zwei Schwimmbadeintritt, die er im Sommer benutzen könnte und das wollen wir natürlich nicht. Denn das wäre genau dieses Giesskannenprinzip. Das ist ja das, was wir nicht wollen. Es würde nicht mehr genau diese Unterstützung geben, die wir eigentlich wollen. Einfach nochmal zum ersten, was du gesagt hast, wegen dem Verdrängungseffekt. Ein kleiner vielleicht, aber grundsätzlich glaube ich das nicht. Weil ich glaube, Familien, die es sich leisten können, sind mindestens zwei Wochen weg in den Sommerferien, dann sind sie

noch drei Wochen da. In diesen drei Wochen ist klar, gehen die Kinder ein paar Mal in das Schwimmbad, aber das wird nicht länger sein, um zu verdrängen, dass sie sich ein Saison-Abo kaufen. Saison ist lang, ein Saison-Abo ist ein halbes Jahr lang gültig. In dieser Zeit können Kinder am Nachmittag ins Schwimmbad gehen. Diese Familien, die es sich leisten können und die Kinder viel im Schwimmbad sind, die kaufen das Saison-Abo trotzdem noch. Also es würde mir nie in den Sinn kommen, wenn ich meinen Kindern sage, jetzt kaufe ich euch kein Saison-Abo, das glaube ich. Da hat man den Verdrängungseffekt wirklich nicht.

Peter Marten, Gemeinderat: Genau, also nicht alle. Ich habe mal Sachen stehen lassen. Ich möchte trotzdem noch eine Bemerkung dir geben, David Wick. Du hast in deiner gewohnt freundlichen Art und Ausformulierungen, die Tätigkeit der Schwimmbadgenossenschaft meiner Meinung nach angegriffen. Du hast in Zweifel gesetzt, dass sich die im ökonomischen Sinn auch vom Schwimmbad einsetzen und da muss ich dir sagen, das ist nicht so. Die Leute der Genossenschaft Hallen- und Gartenbad sind engagierte Personen. Ich darf jetzt das zweite Jahr auch dabei sein und ich nehme die Kolleginnen und Kollegen sehr engagiert wahr, die wollen das Beste fürs Bad. Diese haben auch immer ein Auge auf die Finanzen. Dass das ein Spagat ist, ist klar, aber ich habe nicht den Eindruck, wegen dieser Organisationsform betreibt man es ökonomisch schlechter. Einfach um das hier richtig zu stellen. Ich habe verstanden, dass es ein Postulat ist, weil es im Titel steht. Es ist aber dann noch spannend, wenn man den maximalen Freiheitsgrad der Bearbeitung will, aber dann noch relativ viel sagt, was man dann noch gefälligst könnte und wie man es machen könnte, was dann noch eine mögliche Lösung wäre. Ich glaube, da darf man schon gewisse künstliche Freiheit haben als Gemeinderat. Aber ich kann euch jetzt schon sagen, wenn ich das bearbeiten werde. Ich mache das natürlich sehr gerne, werde ich ziemlich sicher auf die gleichen Schlüsse kommen, wie ich jetzt schon gekommen bin. Ich kann mir vorstellen, dass ich dann den Gemeinderat versuchen werde, von diesen Schlüssen zu überzeugen. Aber ich bearbeite es sehr gerne, wenn es überwiesen wird. Aber ob das dann herauskommen wird, was du gesagt hast, mit diesen Giesskannen-Gutscheinen, das ist dann ein anderes Thema.

Ralph Hunziker, SP-Fraktion: Eine Giesskanne ist ja nicht ein fixer Preis. Also wenn es jetzt CHF 4 ist, ist es für mich als Familie gut bezahlbar, für andere nicht. Es ist ja auch ein fixer Betrag, der für alle gilt. Ich bin auch der Meinung, ja, es wäre ein super tolles Angebot. Das wären die Sommerferien. Man kann auch anderer Meinung sein, dass das Saison-Abo von der Gemeinde bezahlt werden soll. Andere würden noch weitergehen, dass das ganze Jahres-Abo gratis ist. Ich könnte es während den Sommerferien gebrauchen. Wenn unsere Kinder gratis das Schwimmbad während den Sommerferien nutzen könnten, wäre schön. Das könnte man auch gut verkaufen. Bei jeder Promotion sollte man vielleicht noch etwas daran verdienen. Es würde dann vielleicht noch Leute geben, die dann vielleicht nach den Sommerferien Eintritt zahlen müssen, trotzdem noch kommen, weil sie es gut gefunden haben während den Sommerferien. Schlussendlich, ob das gut aufgeht oder ob es nur ein Nullsummenspiel ist oder ob es die Gemeinde etwas kostet, viel wird es nicht sein, da gebe ich Carol Demarmels recht. Wie viel, kann niemand sagen. Das wäre aber ein cooles Zeichen, das ist so meine Überzeugung, darum halte ich an diesem Postulat fest.

Carol Demarmels, SP-Fraktion: Ich würde gerne noch etwas Peter Marten entgegnen. Wenn wir als Einwohnerrat sagen, wir wollen das und wir wollen das überweisen. Du hast klar gesagt, du möchtest es eigentlich nicht annehmen, aber du würdest es bearbeiten, aber du sagst schon jetzt, du kommst zu den gleichen Schlüssen. Das finde ich schon im Vorhinein eigentlich eine Abwertung des demokratischen Prozesses. Wenn wir jetzt als demokratisches Gremium sagen, wir möchten das, dann geht es eigentlich nicht darum, was du möchtest, sondern was der Einwohnerrat will. Dann bitte ich dich, das zu respektieren.

Mara Jenni, Präsidentin: Ich möchte auch hier nicht, dass es zu fest ausartet, denn es geht um die Überweisung des Postulats.

Peter Marten, Gemeinderat: Also, danke vielmals, Carol Demarmels, für die Erklärung. Ich war zwölf Jahre selber im Einwohnerrat, also du kannst davon ausgehen, dass ich beide Seiten kenne aber trotzdem danke für den Input.

Jacqueline Magni, EVP-Fraktion: Ich bin in einfachen Verhältnissen aufgewachsen. Wir konnten uns keine Ferien leisten. Ich habe erst mit 20 Jahren das Meer gesehen. Aber wir haben Abzeichen bekommen für ins Schwimmbad. Diese haben etwas gekostet. Unseren Sommer haben wir im Schwimmbad verbracht mit den Abzeichen, die etwas gekostet haben. Es ist klar, es darf etwas kosten und darum nein, ich bin nicht für das Postulat.

Tomas Nezel, glp-Fraktion: Ab wann haben die Schüler einen Schülerausweis? Haben die in der Unterstufe schon einen Schülerausweis? So wie ich jetzt gehört habe, erhält man den Schülerausweis erst ab der Oberstufe. Das ist ab der 7. Klasse. Also, das heisst, diese werden den Schülerausweis erst mit 12/13 Jahre erhalten. Dann muss man eine Lösung finden. Ich denke, dass könnte noch sehr kompliziert werden und aufwendig.

Carol Demarmels, SP-Fraktion: Sie können mit 10 Jahren selber ins Schwimmbad gehen. Sie machen einen Schwimmtest in der Schule und erhalten dann auch einen Ausweis der Schule. Ab dem Moment, wo sie selber ins Schwimmbad gehen, haben sie ja den Schwimmbadausweis und vorher haben sie ja die Eltern dabei. Wenn du das Abo machst und den Einwohnerpreis nimmst, musst du dich ja auch ausweisen, dass du von Obersiggenthal bist.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag: Der Antrag vom Gemeinderat ist, dass das Postulat nicht überwiesen wird. Postulat kostenlosen Schwimmbad-Eintritt für Obersiggenthaler Kinder in der Sommerferienzeit.

Der Antrag vom Gemeinderat das Postulat nicht zu überweisen wird mit 13 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen nicht zugestimmt. Das Postulat wird überwiesen.

8 2024/23 Umfrage

Sandra Hehli, SVP-Fraktion: Ich frage nochmals nach. Ich habe bereits vor einem halben Jahr nachgefragt, es hat geheissen, es kommt an die Dezember-Sitzung. Wie ist der Stand mit dem Parkraumkonzept? Die Parkzahlautomaten haben jetzt dann langsam "Stand-Schäden". Die zweite Frage ist, wie lange haben wir auf diese Automaten Garantie?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Das Parkraumkonzept wurde verabschiedet. Dies wurde Inkraft gesetzt zusammen mit dem Reglement, welches ebenfalls durch den Einwohnerrat verabschiedet wurde. Jetzt geht es um die Umsetzung, über die Signalisationen und um das Auflageverfahren, welches durchgeführt wurde. Die Einspracheverhandlungen wurden durchgeführt. Wir sind jetzt daran, die Vorbereitung zu machen für die Einspracheentscheide. Es gibt hierzu natürlich auch noch Rechtsmittel, die möglich wären. Betreffend den Parkuhren, hat jetzt eine Kontrolle stattgefunden. Aus diesem Grund wurden die Hauben entfernt, damit diese geladen werden können. Sobald die Entscheidung zugestellt und rechtskräftig sind, wird mit der Signalisation fortgefahren.

Micha Jetzer, SVP-Fraktion: Auch wenn das Thema Feuerwehr vom Tisch ist, möchte ich doch darum bitten, dass sie mir drei Minuten geben. Ich möchte aus meiner Sicht noch eine Rück-

meldung zur Informationsveranstaltung machen. Eingangs der Einwohnerratssitzung hat Bettina Lutz Güttler ausgeführt, dass im Gemeinderat der Marschhalt beschlossen wurde, so dass in der Feuerwehr Ruhe einkehren kann. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte hier meine Seite vorbringen, und mich wirklich kurz halten über den Medienbericht, der sehr politisch neutralisiert publiziert wurde. Ich habe das Gefühl, dass die Feuerwehr Obersiggenthal so ein wenig ins falsche Licht gesetzt wird. Ich möchte die Chance nutzen und euch mitteilen, was ich an diesem Infoabend erleben durfte. Vorgetragen wurde die Sitzungshistorie der Arbeitsgruppe und den diversen Beteiligten. Nach kurzer Zeit ist bereits davon gesprochen worden, dass sich die Arbeitsgruppe für eine Fusion ausgesprochen hat und dass ohne vortragen von Fakten und Gegenüberstellungen, eine Zusammenarbeit, eine Fusion etc. geprüft worden ist. Bye the way, alle Feuerwehren waren der Überzeugung, dass die Arbeitsgruppe eine Zusammenarbeit oder die Fusion prüft, nicht, dass die Fusion entschieden ist. Ihr könnt euch vorstellen, dass dies bereits über alle Feuerwehren zu roten Köpfen führte. Es wurde ein externer Berater eingesetzt, welcher bisher eine Feuerwehr zusammengeführt hat. Diese wollte das auch, aus diversen Gründen. Gegen Ende der Präsentation wurde der Zeitplan für die Umsetzung aufgezeigt. Nochmals ohne Fakten, ohne massgebende ausgewiesene Optimierungen und Herleitung dieser Entscheidung für eine Fusion. Ende erstes Quartal 2025, sollte das neue Kommando stehen. Im Herbst sollte das Volk der drei Gemeinden abstimmen, per 1. Januar 2026 sollte dann die fusionierte Feuerwehr ihren Job aufnehmen. Sie sehen, diverses wurde nicht abgeklärt oder vielleicht nicht ganz richtig abgeklärt, auch seitens der Behörden wie AGV etc. Vor ein paar Jahren, als ich mit beinahe allen Kolleginnen und Kollegen aus der Einbürgerungskommission zurückgetreten bin, habe ich mich zur Medienmitteilung nicht geäussert. Nun kann ich leider nicht auf den Mund sitzen und muss diese Situation als ganz normaler Feuerwehrmann mitteilen. Summa summarum, es wurde ohne Bewertung, ohne Vergleich, ohne signifikante Entscheidungsmerkmale seitens Arbeitsgruppe, die Fusion beschlossen. Die Arbeitsgruppe wurde aus meiner Sicht von einem Berater begleitet, welcher über beinahe kein Know-how für eine fundierte Fusion und zur Entscheidung beitragen konnte. Der Zeitplan ist ein Bergrennen. Ohne Entscheidungsgrundlage dürfte die Fusion an der Urne bachab geschickt werden. Ich möchte nicht wissen, wer über die Passion, das Know-how und den Willen verfügt, um wieder pro Gemeinde in die alten Strukturen zurückzuführen bzw. den Scherbenhaufen aufwischen zu können und die hohe Qualität unserer aktuellen Feuerwehr zu bewerkstelligen. Was auch da nicht beantwortet werden konnte, was eine Fusion kosten würde. Es konnte auch nicht gesagt werden, wie viel die Arbeitsgruppe bereits gekostet hat und was der Berater kosten wird. Ich bin der Meinung, dass leider an dieser Veranstaltung mehr Geschirr zerschlagen wurde, über alle Feuerwehren gesehen und fand es wichtig, die andere Seite euch auch noch mitzuteilen.

Mara Jenni, Präsidentin: Danke, Micha Jetzer, für dein Statement. Das war nicht im eigentlichen Sinne eine Frage. Darum nehme ich an, dass es keine Antwort braucht.

Sandra Hehli, SVP-Fraktion: Ich habe noch eine Frage betreffend Feuerwehr. Ich bin doch recht erstaunt gewesen, was ich in der Presse gelesen habe. Meine Frage ist jetzt, ist das Projekt Fusion gestorben? Macht man gar nichts mehr oder kann man das in einem Jahr oder zwei wieder in Angriff nehmen? Was machen die anderen Gemeinden? Ich habe langsam das Gefühl, wir sind eine Lachnummer für die anderen Gemeinden.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Möchtest du jetzt wissen ob es abgebrochen ist?

Sandra Hehli, SVP-Fraktion: Abgebrochen ist es ja von Seite des Gemeinderats. Ist es jetzt ganz gestorben oder können wir jetzt in einem halben Jahr mit diesem Antrag nochmals kommen mit einer Prüfung für eine Fusion.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Also, wie ich schon gesagt habe. Wir haben festgestellt, dass unter den vielen Beteiligten kein gemeinsames Verständnis über den Prozess besteht. Können wir das wieder starten? Theoretisch können wir das jederzeit wieder starten. Aber es ist ganz klar, dass der Anstoss wieder aus der Feuerwehrkommission kommen müsste. Wir brauchen einen Antrag aus der Feuerwehr selber. Dann ist die Frage, mit wem will man

die Gespräche wieder aufnehmen? Dann wird sich zeigen, ob da die Bereitschaft in so einem Zeitpunkt von einer anderen Seite wiederum vorhanden ist. Ich kann dir diese Frage so nicht beantworten. Klar ist, dass aktuell keine Gespräche mehr stattfinden werden. Das hat der Gemeinderat gegenüber den Feuerwehren auch klar kommuniziert.

Andreas Baumgartner, Die Mitte-Fraktion: Ich habe keine Frage an den Gemeinderat, sondern es ist eine Information. Einige von euch haben die Petition unterschrieben und ich würde gerne noch eine Ausführung machen, um das in grösserem Zusammenhang zu stellen, damit ihr wisst, worum es geht. Die IG Sichere Hertensteinstrasse stellt folgenden Antrag an den Kanton: Wir beantragen, dass das Departement Bau, Verkehr und Umwelt des Kantons Aargau von der Abzweigung Nuechtalstrasse bis zur Einmündung in die Landstrasse Massnahmen zur Verbesserung der Schulweg- und Verkehrssicherheit plant und umsetzt. Dies könnte Tempo 30 auf besagtem Abschnitt oder auch andere Massnahmen beinhalten. Wir möchten dem Kanton aufzeigen, dass das Ganze nicht nur auf Interesse und auf einem Anliegen von ein paar Wenigen ist, sondern dass das Ganze wirklich breit abgestützt ist. Mit vielen Unterschriften, die wir vorher abgegeben haben, das haben bereits 30 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte unterschrieben, können wir zeigen, dass das ein Anliegen ist, der eigentlich auch über die Partei-Grenzen hinaus vertreten wird. Der Gemeinderat ist angefragt worden und hat ebenfalls seine Unterstützung signalisiert. Der Gemeinderat wird ebenfalls eine Unterstützungsschreiben machen, welches auch an den Kanton geht. Ihr seid ja auch schon vorstellig geworden beim Kanton, habt aber abschlägige Antworten bisher bekommen. Vielleicht wenn man das Ganze wiederholt, ändert sich da irgendetwas. Von der Schulseite bekommen wir ebenfalls ein Unterstützungsschreiben, das ist auch zugesichert. Bis zum 24. Januar 2025 läuft jetzt eine Unterschriften-Sammlung in Obersiggenthal. Da hat es einige Leute von diesem Rat, die Unterschriften sammeln gehen. Dazu auch vielen Dank. Es gibt auch andere Leute, die nicht hier im Einwohnerrat sind und Unterschriften sammeln gehen. Das Ziel ist, dass möglichst viele Obersiggenthalerinnen und Obersiggenthaler ihre Unterschrift geben und diesen Antrag ebenfalls unterstützen. Wir wollen, dass möglichst viele Unterschriften zusammenkommen, dass der Kanton sieht, dass es wirklich ein breit abgestütztes Anliegen ist. Man kann auch online abstimmen. David Wick hat eine Homepage aufgesetzt, sichere-hertensteinstrasse.ch. Darauf sind auch alle Informationen ersichtlich, man kann dort auch seine Unterstützung geben zu diesem Antrag. Geplant ist am Samstag, 7. Dezember 2024, eine Standaktion im Markthof, dort werden wir auch Unterschriften sammeln. Die gesammelten Unterschriften möchten wir Ende Januar oder Anfangs Februar dem Departement in Aarau überreichen. Das ist das Vorgehen, was wir geplant haben. In Anbetracht von dem, was gerade Benjamin Giezendanner anlässlich von einer TalkTäglich Sendung, auf dem Sender Tele M1, gesagt hat, sind im Bereich von Schulen auch verkehrsorientierte Ausnahmeregelungen möglich. Es wäre doch schön, wenn der Kanton auch zu diesem Schluss kommen könnte und sagen würde, wenn nicht hier in Obersiggenthal, wo die Schule wirklich direkt neben der Kantonstrasse steht, wo dann solch eine Ausnahmeregelung möglich sein soll. Wir danken allen, die das Anliegen unterstützen und mithelfen, dass wir hier vielleicht einen Schritt weiterkommen.

Anand Keshava, glp-Fraktion: Die Vergütung der Kommissionen wurden von CHF 28 auf CHF 32 erhöht. Ich wollte fragen, ist das die einzige Änderung, die es gegeben hat? Warum ist das nicht vor den Einwohnerrat gekommen?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Die Sitzungsgelder wurden bereits vor einem Jahr erhöht und sind im Budget vorhanden.

Christian Blum, FDP-Fraktion: Also keine Frage, sondern ich würde gerne ein paar Worte zur Verabschiedung von Stefan Semela sagen. Mit Bedauern verabschiedet die FDP-Fraktion ihren Präsidenten Stefan Semela. Stefan Semela ist seit dem Jahr 2010, 14 Jahre im Einwohnerrat und war 2014 und 2015 der Präsident des Einwohnerrats. Stefan Semela liegt Obersiggenthal am Herzen. So muss man das verstehen, wenn er in diesem Gremium den mahnenden Zeigefinger gezeigt hat. Stefan Semela weist in seinem Rücktrittsschreiben darauf hin, dass bei seinem Eintritt in den Einwohnerrat der Steuerfluss bei 98% lag. Er verlässt also den Einwohnerrat mit der Bitte, den Steuerfluss wieder in diese Richtung zurück zu bewegen. Stefan Semela

geht nicht in den Ruhestand. Er bleibt im Moment noch im Vorstand der FDP-Obersiggenthal. Auch ist er mittlerweile Co-Präsident der Vereinigung Kirchdorf zusammen mit Reto Pieren. Es gilt also: Heute ist nicht alle Tage, ich komme wieder, keine Frage. Wir danken Stefan Semela herzlich für seinen Einsatz für die Gemeinde und die Fraktion und wünschen ihm und seiner Familie alles Gute für die Zukunft. Als Information, Christoph Villiger wird unser Fraktionspräsident im nächsten Jahr und nachrücken wird Markus Eberhardt.

Mara Jenni, Präsidentin: Gibt es noch weitere Fragen an den Gemeinderat? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann schliesse ich somit die 12. Sitzung der laufenden Legislatur. Es ist 21.47 Uhr.

Die Präsidentin:

Mara Jenni

Die Protokollführerin:

Romana Hächler